Abonnements-Preis
mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Neue Welt" einschl. Bringerlohn 1,20 M., bei Selbstabholung in den Ausgabestellen 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6030) pro Vierteljahr incl. 2,24 M. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,00 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Vierteljahr.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Redaktion:
Zinzenstraße 61, 1. Etage.
Sprechstunde
an Wochentagen von 12 bis 1 Uhr.

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet und bei mindestens 4 maliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereins-Anzeigen 10 Pf. Inserate werden bis spätestens 9½ Uhr Vorm. in der Expedition abgegeben sein und pro cash im Voraus zu bezahlen.

Telephon: Amt I, 1708.
Telegramm-Adresse: „Arbeiterzeitung Dresden".

Expedition:
Gerbergasse 1.
Geöffnet von morgens 8 Uhr ununterbrochen bis 7½ Uhr.

Nr. 121. | Dresden, Sonnabend den 29. Mai 1897. | 8. Jahrgang.

Der Kampf gegen die preußische Reaktion.

Zu der Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen haben sich nunmehr bereits eine bedeutende Anzahl von Parteizeitungen geäußert. Rücksichtslos für die Beteiligung oder wenigstens sehr sympathisch für diesen Vorschlag haben, soweit wir die Parteiliteratur übersehen, Stellung genommen: das „Hamburger Echo", die „Münchener Post", das „Saalfelder Volksblatt", die „Brandenburger Zeitung", die schlesische „Volkwacht", die „Mainzer Volkszeitung", das „Volksblatt" für Harburg a. „Der Proletarier aus dem Erzgebirge", die „Mecklenburgische Volkszeitung" und in ihrer letzten Nummer die wissenschaftliche Revue der Partei, die „Neue Zeit" in einem von der Redaktion geschriebenen Artikel. Für eine Revision des Kölner Beschlusses auf dem nächsten Parteitag resp. eine entsprechende Erörterung der ganzen Angelegenheit sind eingetreten: die „Thüringer Tribüne", der „Braunschweiger Volksfreund", der „Lübecker Volksbote" und selbstverständlich alle, welche für Abänderung des Beschlusses sind. Rein referierend verhalten sich die „Schwäbische Tagwacht", die „Fränkische Tagespost", die „Bremer Bürgerztg.", die Mannheimer „Volksstimme". Gegen die Wahlbeteiligung hat sich einzig und allein die „Leipziger Volks-Zeitung" ausgesprochen — kein Wunder, wenn man überlegt, in welche isolierte Situation diese Parteizeitung durch ihr untaktisches und disziplinloses Verhalten den Beschlüssen der sächsischen Landeskonferenz gegenüber sich verrannt hat. Der „Vorwärts" teilt jetzt in einem längeren Artikel die bis jetzt in der Frage stattgefundenen Erörterungen mit, giebt der Diskussion seinen Segen und erklärt es in gesperrtem Druck für „ein sehr bemerkenswertes Symptom, daß sich an ganz verschiedenen Stellen der Partei Stimmen erheben, welche zur Aufhebung des Kölner Beschlusses und zur Beteiligung an der Wahl von 1898 auffordern." Wir wiederholen: „ein sehr (!) bemerkenswertes (!) Symptom" (!) in gesperrtem Druck — jedes Wort ein Mühlstein, zentnerschwer! Daß der „Vorwärts" derartiges sagt, ist auch — ein Symptom! Wir packen ihn bei diesem kleinen Finger, den er uns, allerdings mit noch immer verstohlenem Blick nach seitwärts, darreicht, und — schmerzlos kommt er uns jedenfalls nicht mehr davon!

Karl Kautsky in der „Neuen Zeit" knüpft seine Ausführungen an die 1893 vor dem Kölner Parteitag stattgehabte Diskussion, die durch einen Artikel von E. Bernstein, der für die Wahlbeteiligung eintrat, angeregt und eingeleitet wurde. Selbstverständlich ist nicht erst 1893 die Frage der Beteiligung der deutschen Sozialdemokratie an den preußischen Landtagswahlen ins Leben gerufen worden. Die Frage ist eben so alt, wie die deutsche Sozialdemokratie selbst. Daß nun auch Bernstein 1893 mit seinen Anregungen gänzlich abfiel, ja sogar das Gegenteil von dem erreichte, was er bezweckte, nämlich den Kölner Beschluß, der sich strikte gegen seinen Vorschlag kehrte, ist der beste Beweis dafür, wie es für jede politische Aktion auf die politische Situation ankommt, die es zu erfassen und energisch auszunützen gilt.

Da die Meinung unseres wissenschaftlichen Organs sehr autoritativ ist, so glauben wir dem Wunsche unserer Leser zu entsprechen, wenn wir im folgenden einige Stellen aus dem Kautskyschen Artikel wörtlich anführen.

Kautsky schreibt:

„Ein Kampf ums Wahlrecht hat nur dort einige Aussicht auf Erfolg, wo große Volksmassen alle ihre Kraft in zähem, ausdauerndem Kampfe auf diesen einen Punkt konzentrieren. Das aber setzt vor allem voraus, daß sie der Ueberzeugung sind, das Wahlrecht sei für sie eine Lebensfrage; daß sie der Ueberzeugung sind, in dem Parlament, zu dem sie den Zutritt erobern wollen, werden ihre wichtigsten Interessen entschieden; daß sie der Ueberzeugung sind, das Fehlen ihrer Vertreter in diesem Parlament verkümmere ihnen ihre wichtigsten Lebensbedingungen.

Die ablehnende Haltung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber den preußischen, der sächsischen Minorität gegenüber dem sächsischen Landtagswahlen haben gerade dahin gewirkt, der Volksmasse diese Ueberzeugung zu nehmen. Wenn wir den Landtag für einen bedeutungslosen Kadaver erklären, den man am besten ignoriert, wenn wir es für überflüssig erklären, auch nur den Versuch zu machen, an den Wahlen für ihn teilzunehmen; oder wenn man gar, wie die sächsische Minorität, der Anwesenheit unserer Abgeordneten im Landtag so geringe Bedeutung beimißt, daß man von ihnen leisten Herzens verlangt, sie sollten ohne weiteres die Position räumen, die wir erobert, dann bricht man damit selbst der Agitation für das allgemeine Wahlrecht die Spitze ab und verurteilt den Beschluß, es zu erkämpfen, zur Wirkungslosigkeit."

„Ueber die Notwendigkeit, daß wir im preußischen Abgeordnetenhause vertreten sind, besteht heute wohl keine Meinungsverschiedenheit mehr. Bernstein hat einen gangbaren Weg gezeigt, hinein zu gelangen. Wem dieser nicht gefällt, der möge etwas Besseres vorschlagen.

Aber man höre auf, in dem Hinweis auf die Agitation für das gleiche u. Wahlrecht einen praktischen Gegenvorschlag zu erblicken. Die Erfahrung hat gelehrt, und es kann gar nicht anders sein, daß dieser Hinweis nichts ist, als eine verblümte Erklärung, man wolle in der Sache gar nichts thun und jedem ernsthaften Kampfe auf diesem Gebiet aus dem Wege gehen.

Das möchte praktisch erscheinen, so lange wir eine kleine Partei waren, die auf die thatsächliche Gestaltung der Dinge keinen Einfluß hatte. Das ist heute anders geworden, wir sind heute die größte Partei Deutschlands, und unsere Passivität hat ebenso praktische Wirkungen, wie unsere Thätigkeit. So wie die Neutralität der Großmächte im Kampfe zwischen Türkei und Griechenland zur Begünstigung der ersteren wurde, so wird, wie Schippel in seinem instruktiven Artikel („Neue Zeit" XII, 1, 67) jüngst hervorgehoben, unser „scheinbare Neutralität bei den Wahlen thatsächlich zur Parteinahme, und sie wird, wie die Dinge liegen, immer mehr zur Schwächung des bürgerlichen Radikalismus und zu einer Unterstützung der Konservativen!"

„Und während wir zur Stärkung der Konservativen im Landtag beitragen, wächst dessen Bedeutung für unsere innere Politik. Die Zeit ist vorüber, in der man glauben konnte, der preußische Landtag werde an innerer Entkräftung dahinschwinden und zu völliger Bedeutungslosigkeit herabsinken. Die Bedeutung eines gesetzgebenden Körpers mißt man eben nicht bloß nach der geistigen Höhe seiner Verhandlungen, sondern auch und mehr noch nach der Wichtigkeit der Gebiete, die er beeinflußt, und nach der Kraft und Energie der Klassen, die ihn beherrschen. Und in diesen letzteren Beziehungen ist die Bedeutung des preußischen Landtags nicht im Abnehmen, sondern im Zunehmen begriffen."

In den letzten Sätzen stimmen wir dem verehrten Verfasser keineswegs zu. Wir meinen, daß allerdings „die Kraft und Energie der Klassen", welche den preußischen Landtag beherrschen, nicht im Zunehmen, sondern im Abnehmen begriffen ist. Das preußische Junkertum kämpft seine letzten Kämpfe. Richtig ist, daß der Versuch gemacht wird, die legislative Bedeutung des preußischen Landtags zu erweitern, aber gerade daran wird er zu Grunde gehen. Die Herrschaft des preußischen Landtags wäre nur möglich auf den Trümmern des deutschen Reichs, — da zerstiebt aber eher der preußische Landtag samt seinem Junkertum in Staub und Pulver. Wie groß die Gegensätze sind, sieht man ja aus der gewaltigen Entrüstung, welche schon jetzt die preußischen Intentionen hervorgerufen haben. Falsch ist nur, aus der Erkenntnis dieser Entwickelung eine Taktik der Nichteinmischung abzuleiten. Im Gegenteil, gerade die eintretende Agonie der preußischen Reaktion stellt an uns Aufgaben. Weil die Dinge soweit fortgeschritten sind, deshalb ist eine politische Situation entstanden, die uns nicht nur Leistungen ermöglicht, die uns früher unerreichbar schienen, sondern uns eine bestimmte Bethätigung zur Notwendigkeit macht, wollen wir der mit der Verzweiflung auf der gegnerischen Seite eintretenden Verschärfung des Kampfes gerecht werden. Die Zeit ist nicht mehr danach, um sich im preußischen Landtage häuslich einzurichten, aber wir müssen dort eintreten, um den letzten Kampf mit dem Junkertum auszukämpfen. Daß wir Aussichten haben, hineinzukommen, ist der beste Beweis, daß das Junkertum politisch soweit ist, um niedergeworfen werden zu können. Nicht also, daß der Herrschaft der Junker kein Ende abzusehen ist, giebt den zwingenden Grund unserer jetzigen Wahlbeteiligung, — sondern weil es an uns liegt, auf diese Weise den politischen Untergang des Junkertums rasch zu bewerkstelligen. Die Tage der Reaktion in Preußen, wie im Reich sind gezählt, wir nähern uns unaufhaltsam einer gründlichen Klärung der politischen Verhältnisse — und die Regierung scheint es recht eilig zu haben, die Entwickelung zu beschleunigen —, aber wir müssen auch unsererseits darauf bedacht sein, jede neue Stärkung unserer Position, jede neu politische Waffe, die sich uns darbietet, sofort zu ergreifen und auszunützen. Was geschieht denn eigentlich jetzt? Das Bürgertum und das Junkertum sind in so heftigem Kampf mit einander, daß das erstere unsere Hilfe anruft und bereit ist, uns einzelne Positionen auszuliefern, um nur die Junker niederzuwerfen. Wenn Junker und Bourgeoisie einig sind, dann können wir dagegen in Preußen nicht aufkommen, — nun aber da sie sich raufen, können wir eine Bresche schlagen in ihren Reihen, um selbst hineinzudringen. Der innere Zwist und Hader der herrschenden Klassen öffnet uns die Thore des preußischen Landtags — wir wären Narren, wollten wir die Gelegenheit unbenutzt lassen, um hineinzudringen.

Parvus.

Tages-Rundschau.

Dresden, 28. Mai.

Das Schicksal des Knebelungsgesetzes.

Die Nationalliberalen sind jetzt von den Konservativen unter politischen Hochdruck gestellt, um ihre Zustimmung zu den von uns bereits mitgeteilten Abänderungsvorschlägen der Konservativen, die ein förmliches Sozialistengesetz schlimmster Art schaffen, zu erwirken. Werden die Mannesseelen aushalten? Die nationalliberale Presse bemüht sich, den Brei zusammenzuhalten. Aber es fehlt auch nicht an Mitteilungen, die eine sehr weitgehende Neigung der nationalliberalen Landtagsfraktion, zusammenzuknicken, beweisen. So teilt die nationalliberale „Rhein.-Westf. Ztg." mit, daß nach ihr gewordenen Erklärungen von nationalliberalen Landtagsabgeordneten beinahe die Hälfte der Fraktion entschlossen gewesen sei, für ein Anti-Sozialistengesetz zu stimmen und nur wünschte, mögliche mißbräuchliche Anwendung von vornherein auszuschließen.

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Krieg und Frieden.

Historischer Roman von Graf Leo Tolstoi.
Autorisierte Uebersetzung von Dr. E. Strenge.
(Fortsetzung.)

VI.

Von dem Hause wurden die Gefangenen links von dem Kloster auf ein Feld gebracht, wo ein Pfahl und eine frisch gegrabene Grube sich befanden, um die sich im Halbkreis ein Haufen Volk, zum größeren Teil aus französischen Soldaten und nur wenig Russen zusammengesetzt, gesammelt hatte. Dem Pfahle gerade gegenüber stand in Reih und Glied ein Kommando in Feldausrüstung mit roten Epauletten, Gamaschen und mit dem Tschako auf dem Kopfe, welches zur Vollstreckung des Urteils bestimmt war. Die Verurteilten wurden nach der in der Liste bezeichneten Anordnung aufgestellt, so daß Pierre als der sechste zählte. Gleichzeitig wurden die Trommeln gerührt und Pierre fühlte, daß mit diesem Schall gleichsam ein Stück seiner Seele riß. Er verlor die Fähigkeit des Denkens und Sinnens, und hatte nur den einen Wunsch, daß das Schreckliche, was da geschehen sollte, so schnell wie möglich sich vollziehen möchte. Er sah sich dann nach seinen Schicksalsgenossen um und betrachtete sie; zwei von ihnen, welche ganz auf dem äußersten Flügel standen, waren, dem geschorenen Haar nach zu urteilen, Züchtlinge. Der eine war groß, aber hager, der andere kurz untersetzt und muskulös mit platter Nase. Der dritte war ein Leibeigener, nach dem ergrauenden Haar zu schließen, schon nicht mehr jung. Der vierte war ein hübscher Bauer mit breitem, blondem Bart und schwarzen Augen. Der fünfte war ein etwa achtzehnjähriger, dürrer, schmächtiger Fabrikarbeiter in einem langen, schmutzigen Kittel.

Pierre hörte, wie die Franzosen sich über die Exekution beriten, ob die Verurteilten einzeln oder paarweise füsiliert werden sollten. Ein älterer Offizier entschied kalt, daß sie zu zweien füsiliert würden, und entstand in den Gliedern eine Bewegung, als wenn man sich eile, eine Sache abzuthun, welche nun einmal als fest bestimmt nicht mehr ungethan bleiben könne. Ein Beamter trat zu den Verurteilten und verlas den Richterspruch in russischer und französischer Sprache, dann traten zwei paar Franzosen zu den Verurteilten und ergriffen erst die beiden Züchtlinge und führten sie zum Pfahl, wo sie, während sie gestellt und die Tücher gebracht wurden, sich scheu umsahen, wie ein angeschossenes Wild, das auf den sich nahenden Jäger starrt. Der eine bekreuzte sich fortwährend, der andere aber kratzte sich den Rücken und machte mit den Lippen eine Bewegung wie zum Lächeln. Die Soldaten verbanden ihnen rasch die Augen und befestigten sie an den Pfahl. Zwölf Mann traten mit festem Schritt aus den Reihen und machten etwa acht Schritte vor dem Pfahle Halt. Pierre wandte sich ab, um nicht zu sehen, was nun geschah. Plötzlich erscholl ein Knacken und Krachen, welches ihm lauter als die schrecklichsten Donnerschläge erschien, und er sich umsah. Da war vor ihm Rauch und Qualm und die Franzosen hantierten mit zitternden Händen neben der Grube. Darauf wurden die nächsten beiden Gefangenen vorgeführt. Mit gleichen Blicken sahen auch diese wie die vorigen auf alle, wie um Schutz bittend und offenbar ohne Verständnis, was da nun geschehen werde. Auch jetzt wollte Pierre nichts sehen und wieder wandte er sich ab. Aber wieder traf es, gleichsam wie eine schreckliche Explosion, sein Gehör, und zusammen mit diesem Schall sah er Dampf und Blut, und ebenso machten sich, wie vorher, die Franzosen bei der Grube zu schaffen.

Schwer atmend blickte Pierre um sich, als wenn er fragen wollte: was ist doch das alles? Ja, und dieselbe Frage lag ebenso auch in den Blicken derjenigen, welche sich mit den seinen begegneten. Auf allen Gesichtern las er denselben Schrecken und Abscheu, wie sie in seinem Herzen waren.

„Schützen vor!" schrie da jemand, und der fünfte Verurteilte, der neben Pierre stand, wurde hingeführt — aber allein! Pierre verstand nicht, daß er und alle übrigen nur zum Zusehen der Exekution hierher gebracht worden waren. Mit Entsetzen, das immer mehr wuchs, ohne Gefühl von Freude noch von Trost, sah er auf das, was weiter geschah. Der fünfte Verurteilte war der Fabrikarbeiter. Kaum war er angerührt worden, so that er mit Entsetzen einen Schritt zurück und klammerte sich an Pierre, der zusammenfuhr und sich losriß. Nicht im stande, sich auf den Füßen zu halten, wurde der Arbeiter unter den Armen gepackt und gezerrt, wobei er sich heftig wehrte und schrie. An dem Pfahl selbst verstummte er aber plötzlich, als wenn er verstanden hätte, daß es doch vergebens wäre, sich so zu wehren und zu schreien. So stand er denn an demselben in der Erwartung, daß noch ein zweiter mit ihm zusammengefesselt werde und sah sich um. Dieses Mal gelang es Pierre schon nicht mehr, die Augen zu schließen und sich abzuwenden, so sehr waren seine Neugier und Unruhe, wie die der übrigen bei der Hinrichtung dieses fünften Verurteilten erregt. Ebenso wie seine Vorgänger schien auch dieser fünfte ruhig. Er raffte seinen Kittel zusammen und rieb den einen nackten Fuß an dem andern. Als ihm die Augen verbunden wurden, rückte er noch selbst den Knoten im Nacken zurecht. Dann, als er an dem blutbespritzten Pfahl gelehnt war, machte er noch eine Bewegung, um fester zu stehen.

Das Kommando mußte gegeben worden sein, der Schuß aus allen Gewehren gethan sein, nur konnte Pierre sich nicht erinnern, so sehr er sich auch anstrengte, wie und wann es geschah. Er sah nur, wie der Fabrikarbeiter plötzlich stürzte, wie er blutete, wie die Stricke unter der Last nachgaben und wie der Fabrikarbeiter, unnatürlich den Kopf gesenkt und das Bein verdreht, niedersank. Auch der Leichnam dieses Verurteilten wurde rasch wie die vorigen, in die Grube geworfen.

Pierre lief zum Pfahle und niemand hielt ihn zurück. Er sah in die Grube und gewahrte, daß der letzte Hingerichtete dort mit den Beinen nach oben lag und seine Glieder noch zuckten. Ohne es zu beachten, schaufelten die Soldaten die ausgegrabene Erde wieder in die Grube, so daß die Körper bald darin bedeckt waren; erst jetzt schrie ein Soldat Pierre zu, daß er sich von da wegpacke, wo er nichts zu suchen habe. Aber Pierre verstand nichts und blieb bei dem Pfahle stehen, ohne daß ihn noch weiter jemand belästigt hätte.

Als die Grube ganz zugeschüttet war, erscholl das Kommando zum Verlassen des Platzes, und Pierre wurde wieder zu den übrigen Gefangenen gebracht. Der versammelte Haufen von Russen und Franzosen ging auseinander, und alle verließen mit trüben Gesichtern und gesenkten Köpfen den Platz. Ein Franzose aber rief: „Na, das wird sie lehren, noch weiter Feuer anzulegen!" Pierre sah sich nach dem Sprecher um und gewahrte, daß das ein Soldat war, der sich mit dieser Phrase gleichsam über das Geschehene trösten wollte, aber es doch nicht so recht zu stande brachte, so daß er nicht auszusprechen vermochte, was er noch hinzufügen wollte, und mit der Hand schlenkernd weiterging.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18970529/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Indessen will sich auch die konservative Fraktion in die Kommissionsfassung keineswegs schicken und bringt die von ihr bereits in der Kommission gestellten, aber dort abgelehnten Anträge im Plenum wieder ein. Es sind das: 1. das Präventivverbot: „Versammlungen, von denen auf Grund von Thatsachen anzunehmen ist, daß sie die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates oder die öffentliche Ordnung gefährden würden, können von der Landespolizeibehörde verboten werden", dann die Wiederherstellung der Artikel 1 und 3 mit dem Unterschied, daß statt „öffentlicher Friede": „öffentliche Ordnung" gesagt wird, ferner die vollständige Wiederherstellung des Artikels 5.

Die „Kreuz-Zeitung" ermahnt die Konservativen, wenn ihre Anträge nicht durchgehen, die Kommissionsfassung zu verwerfen und gegen das ganze Gesetz zu stimmen.

Der Bundesrat hat nun die Mitteilung des Präsidenten des Reichstags über den Reichstagsbeschluß, betr. Aufhebung des Verbindungsverbots der Vereine (Notvereinsgesetz), dem zuständigen Ausschuß zur Beratung überwiesen. Der Ausschuß wird sich mit der Erledigung dieser Angelegenheit kaum sehr beeilen!

Zu den Orientwirren. Wir haben wiederholt auf den schleppenden Gang der Friedensverhandlungen verwiesen, der die Ueberzeugung hervorruft, es stecken mächtige Interessen dahinter, denen es darauf ankommt, die Schwierigkeiten zu häufen, statt zu beseitigen. Wir trauten deshalb auch der „einmütigen" Erklärung der Mächte nicht, die sich gegen die von der Türkei verlangten Gebietsabtretungen entschieden aussprach. Heute liegen nun noch dieser Richtung hin folgende sehr bezeichnende Meldungen vor:

Paris, 26. Mai. Der „Figaro" meldet aus St. Petersburg, die unaufhörlichen tückischen Streiche der griechischen Regierung hätten in den politischen Kreisen Rußlands lebhafte Ungeduld erregt. Namentlich sei die Erklärung des Ministeriums Malkt, keinerlei Grenzberichtigung und keinerlei Kriegsentschädigung zuzustimmen, geeignet, Griechenland den letzten Rest der Sympathien zu entfremden. Falls Griechenland nicht innerhalb weniger Tage auf vernünftigere Gedanken komme, sei man in Rußland vollständig entschlossen, es seinem Schicksal zu überlassen.

Philippopel, 25. Mai (Privat-Telegramm der Post.) In Konstantinopel ist das Gerücht verbreitet, daß die Pforte den den Griechen gewährten Waffenstillstand zu annullieren beabsichtige, wenn man in Athen noch fernerhin in Halsstarrigkeit verharre. Die Erregung wegen der fortgesetzten Einmischung der Mächte in türkische Angelegenheiten wächst in allen Bevölkerungsschichten und erhält neue Nahrung durch den Protest der Botschafter gegen die Beschlagnahme eines griechischen Handelsschiffes in den Dardanellen, eine Repressalie gegen die fortgesetzten Aktionen der griechischen Flotte.

Rußland war es von Anfang bis zu Ende, welches den griechisch-türkischen Konflikt geschürt hat, und Rußland treibt auch jetzt die Dinge auf die Spitze: es hat den Krieg zu stande gebracht und hindert jetzt den Frieden.

In den inneren Zuständen Griechenlands wächst die Verwirrung von Tag zu Tag. Aus Kreta ist man am 27. Mai die letzte Abteilung der griechischen Truppen in Athen eingetroffen.

Aus dem Reichstage. Das Haus erledigte in seiner gestrigen letzten Sitzung vor Pfingsten zunächst in unsäglich einförmiger und schleppender Beratung die zweite Lesung der Besoldungsvorlage und nahm die Beschlüsse der Kommission fast in allen Punkten an. Das Zahlengewirr der einzelnen Besoldungsetats zu übersehen, ist nicht leicht; Präsident, Bureau und Berichterstatter waren oftmals nicht recht klar darüber und steckten die Köpfe zusammen, um zu ermitteln, was von der Kommission vorgeschlagen und was dem Hause zu unterbreiten sei. Einen etwas lebhafteren Charakter erhielt die Diskussion nur bei Gelegenheit einer von unserer Fraktion beantragten Resolution zu Gunsten einer Gehaltsaufbesserung der Postunterbeamten und Landbriefträger im nächsten Etat. Der zwingenden Beweisführung unseres Genossen Singer gelang es, das Haus von der Notwendigkeit dieser Aufbesserung zu überzeugen; vielleicht schielt man auch, wie Singer ironisch andeutete, nach den Wahlstimmen der Postbeamten; indes ist es gleichgiltig, welche Motive die Parteien haben mochten; jedenfalls ward der gute Zweck erreicht und unsere Resolution einstimmig angenommen. Die übrigen Nachtragsetats, die dem Hause vorlagen, und die Petitionen, welche noch erledigt wurden, gaben zu erheblicheren Debatten keinen Anlaß. Die wichtigste der ausgesprochenen Bewilligungen war die von 44 Mill. M. als erste Rate für das neue Geschützmaterial. Die Hurrastimmung, die sich bei solchen Gelegenheiten den Hütern der bestehenden Ordnung mitzuteilen pflegt, dehnte sich bis auf die Linke aus; Herr Richter war stolz, sich mit dem Glorienschein seines Patriotismus zu umgeben und diesmal kein „vaterlandsloser Gesell" zu sein. Nur unsere Fraktion protestierte durch ihre Abstimmung gegen dies neueste Opfer für den bewaffneten Frieden zu Gunsten der herrschenden Klassen.

Deutschland.

Das Vereinsnotgesetz, welches der Reichstag beschlossen hat, wurde vom Bundesrat dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Der „Schleifstein" funktioniert nicht mehr. Während die Partei, der Frhr. v. Stumm angehört, die freikonservative, die Vereinsgesetznovelle womöglich noch verschärfen möchte, spricht sich die ehemals „Neue Saarbrücker Ztg." (Schleifstein) entschieden gegen die Novelle aus. Entweder also ist Frhr. v. Stumm auf seine alten Tage „Sozialrevolutionär" geworden, oder aber — so meint das „Volk" — er hat sich beim Scharfmachen geschnitten und daher den Schleifsteinbetrieb aufgegeben.

Zur Abänderung der Zivilprozeßordnung sind die Vorschläge jetzt fertiggestellt und an die Einzelregierungen versendet worden. Es handelt sich darum, die Zivilprozeßordnung dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch, dem Handelsgesetzbuch und dem Zwangsvollstreckungsgesetz anzupassen. Die Aenderungen betreffen vornehmlich die Bestimmungen über das Urteil, den Ehe- und Entmündigungsprozeß, die Zwangsvollstreckung, den Arrest und das Aufgebotsverfahren.

Zur Militärstrafprozeßreform teilt nun die „Münchner Allg. Ztg." mit, der Kaiser habe sich noch nicht schlüssig darüber gemacht, welche Stellung er zu dem bayerischen Anspruch auf einen eigenen obersten Militärgerichtshof einnehmen will. „Ist nach allem", so heißt es in dem zitierten Blatte weiter, was darüber verlautet, dem Kaiser persönlich die Frage der Reform nicht sehr sympathisch, so hält der Prinzregent von Bayern an dem Standpunkt fest, daß er kein Titelchen von den Rechten der bayerischen Krone preisgeben könne."

Miquel wird von einem oft offiziös bedienten Blatte als Nachfolger Hohenlohes empfohlen. Ob mit dieser „Empfehlung" das Streben Miquels, Reichskanzler zu werden, gefördert oder demselben vorzeitig entgegengearbeitet werden soll, ist noch nicht zu erraten.

Der zweiten hessischen Kammer ist ein dringlicher Gesetzentwurf zugegangen, der ausspricht, daß die polizeiliche Regelung des Verkehrs der Radfahrer auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen im Wege der Verordnung zu erfolgen habe. In der Begründung ist darauf hingewiesen, daß das Fahrrad längst nicht mehr nur sportlichen Zwecken diene, sondern als leichtes und bequemes Verkehrsmittel für das soziale Leben eine große Bedeutung gewonnen habe. Eine gesetzliche Regelung des Radfahrverkehrs sei ins Auge gefaßt, doch liege noch nicht genügend Erfahrung vor und sei die Entwickelung des Radfahrverkehrs noch nicht so weit abgeschlossen, daß es rätlich erscheine, schon jetzt Bestimmungen durch Gesetze festzulegen. Im Kreise Darmstadt ist die Herstellung besonderer Radfahrerwege längs der Chausseen vorerst auf drei Strecken angeordnet.

Der Landtag in Gotha nahm einstimmig den Antrag an, den Etat nur für zwei Jahre zu genehmigen.

w. **Aus Oberschlesien.** Potemkinsche Dörfer führen die feudalen oberschlesischen Industriellen in diesen Tagen fürstlichen Besuchern vor. Der Erbprinz von Meiningen, kommandierender General des 6. Armeekorps in Breslau, nebst Gemahlin und anderen sehr hohen Herrschaften besucht einige ebenso hohe adlige Familien Oberschlesiens. Mit diesem Besuch wird eine Besichtigung einiger großer Gruben und Hüttenwerke verbunden, die aber nicht eine wirkliche volkswirtschaftliche Exkursion ist. Die ganze Besichtigung fällt mehr einen Teil eines Vergnügungsprogramms aus, als daß sie einen kleinen Einblick in die wirklichen Verhältnisse der oberschlesischen Industrie und ihrer Arbeiter ermöglicht. Die hiesigen Blätter und Blättchen unterhalten schon seit Wochen ihr Publikum mit den Schilderungen der vorbereiteten Herrlichkeiten.

Nachdem bereits einige hiesige Organe die Rührigkeit der oberschlesischen Sozialdemokraten erwähnt haben, spricht nun auch die „Köln. Volksztg." in einer Zuschrift aus Breslau von deren Thätigkeit, besonders von der Vermehrung der Sozialdemokratie im Industriebezirke. Wie würden die bürgerlichen Parteien erst staunen, wenn die oberschlesische Sozialdemokratie in ihrer Thätigkeit nicht durch die allmächtige Polizei gehemmt würde! Der hiesige Boden ist für die Aufnahme des Sozialismus überaus günstig, zum Teil infolge der Unterlassungssünden des Zentrums. Die Eroberung der Wahlkreise Tarnowitz-Beuthen und Kattowitz-Zabrze wäre nicht schwierig, wenn uns nur nicht das Vereins- und Versammlungsrecht nicht bloß arg beschnitten, sondern einfach genommen würde, und wenn uns eine anständige Handhabung des Wahlgesetzes garantiert würde.

Oesterreich-Ungarn.

Im österreichischen Abgeordnetenhause setzte am Mittwoch die Linke die Obstruktion fort. Abg. Groß protestierte gegen das Vorgehen des Präsidiums während der letzten Sitzung gelegentlich der Abstimmung über den Antrag Raizl, betreffend die Auslegung der Geschäftsordnung.

Er beantragte eine Berichtigung des Protokolls über die letzte Sitzung, verlangte geheime Abstimmung über seinen Antrag und namentliche Abstimmung darüber, ob geheim abgestimmt werden soll. Aehnliche Anträge werden von den Abgg. Sylvester und Funke gestellt.

Vorerst wird namentlich abgestimmt, ob über den ersten Antrag Groß geheim abgestimmt werden soll: der Antrag wird abgelehnt. Dann wird über diesen Antrag selbst abgestimmt: er wird gleichfalls abgelehnt. Hierauf kommt der zweite Antrag, und zwar wieder zuerst die Abstimmung, ob geheim abgestimmt werden soll. Auch dieser Antrag wird abgelehnt, worauf wieder „meritorisch" abgestimmt wird. Bei seinem Namensaufruf bemerkt Abgeordneter Dr. Ritter v. Peßler: Ich möchte um eine Pause von zehn Minuten bitten, damit ich mir die Sache überlegen kann. Große Heiterkeit links. Nun kommt der dritte Antrag: erst über die geheime Abstimmung, die abgelehnt wird, worauf der Vizepräsident zur Abstimmung über den Antrag selbst schreiten will. Abg. Dr. Steinwender beantragt jedoch, da das Haus nicht beschlußfähig zu sein scheint, den Schluß der Sitzung. Der Vizepräsident läßt über diesen Antrag durch Erheben von den Sitzen abstimmen und konstatiert, daß er abgelehnt sei. Auf diese Weise werden fünfzehn namentliche Abstimmungen vorgenommen, die Anträge der Linken natürlich alle abgelehnt. Hierauf wurde die Sitzung bis Freitag vertagt.

Spanien.

Der parlamentarische Konflikt dauert fort. Angesichts des Fernbleibens der liberalen Minorität von den Cortes beabsichtigt Canovas die notwendigsten parlamentarischen Geschäfte baldthunlichst mit der Majorität zu erledigen; Mitte der nächsten Woche werden allgemeinem Vernehmen nach die Kammern bis zum Herbst vertagt.

Dänemark.

Die Regierung hat in der neuen, im Reichstage am Mittwoch eingebrachten Budgetvorlage die wesentlichsten Streitfragen beseitigt, infolgedessen Aussicht vorhanden ist, daß noch vor dem 1. Juni ein regelmäßiges Finanzgesetz zu stande kommen wird.

England.

Das Unterhaus nahm die erste Lesung einer Vorlage an, durch welche der Gebrauch des metrischen Systems für Maß und Gewicht legalisiert wird.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Das Aufblühen in der Textilindustrie, das sich auch für die Aktionäre der „Jutespinnerei und -Weberei Bremen" in einer Steigerung der Dividende — für 1896: 12 Proz. — bemerkbar machte, zeitigte für die im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht etwa gleichzeitig eine Verbesserung, sondern einen steten Niedergang der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Mehr und mehr wurde in den letzten Jahren das Los der ohnehin schlechtgestelltesten Arbeiterkategorien ein unerträgliches. Löhne für verheiratete Arbeiter von 14—16 M. für 14tägige Arbeitsleistung sind keine Seltenheit. Der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen ist ebenfalls 14—15 M. pro 14 Tage. Dazu kommt für diese die denkbar unwürdigste Behandlung. Gemeinsames Umkleiden der männlichen und weiblichen Arbeiter in einem Arbeitsraum war an der Tagesordnung. Einen Hoffnungsstrahl auf Besserung warf in diese elenden Zustände die anfangs dieses Jahres erfolgte Gründung einer hiesigen Filiale des Textilarbeiterverbandes. Die Arbeiter und Arbeiterinnen schwangen sich zu Forderungen auf. Nachdem nun vor einigen Wochen die Feinspinnerinnen mit Hilfe des Einigungsamtes einen Teil ihrer Forderungen erreicht hatten, legten vor ca. 8 Tagen, — da die auch ihnen versprochene Lohnaufbesserung nicht gehalten worden war — die Weber und Weberinnen, ca. 400, die Arbeit nieder. Die Direktion wollte jedoch ihre „Macht" fühlen lassen, ließ sich nur zu geringen, unannehmbaren Zugeständnissen herbei und wies sogar die Anrufung des Einigungsamtes in schroffer Weise ab. Um einen Sieg der Weber und Weberinnen zu ermöglichen, stellte eine Versammlung sämtlicher Abteilungen der in der Jutespinnerei Arbeitenden Forderungen auf und drohte den Generalstreik an. Nunmehr bequemte sich die Direktion zu nicht unbedeutenden Zugeständnissen an die einzelnen Abteilungen — ausgenommen die Weber und Weberinnen — und knüpfte die Gewährung der Zugeständnisse an die Bedingung der ungesäumten bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Weber und Weberinnen. Dieses schmähliche Ansinnen beantworteten die Arbeiter durch Arbeitsniederlegung sämtlicher Feinspinner, Vor- und Anspinner und Abschneider, was die Direktion zwang, ihrerseits die Arbeiter der anderen Abteilung fast ausnahmslos zu entlassen. So sind augenblicklich ca. 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen teils ausständig, teils ausgesperrt im Kampf um die Erringung einer menschenwürdigen Existenz. Das vom Gefühl echter Solidarität zeugende Verhalten der Feinspinner verdient das höchste Lob; es verdient aber auch, daß die Arbeiterschaft Deutschlands es sich zur Pflicht macht, diese, aus bitterem Elend zum Kampfe getriebenen Arbeiter und Arbeiterinnen materiell und moralisch zu unterstützen. Ihr Sieg bedeutet die Erhaltung und Kräftigung ihrer Organisation; dieser aber einen Fortschritt in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Deutschlands, dem der politische Fortschritt dieser Arbeiter, soweit sie noch unaufgeklärt, folgt. Darum Solidarität!

Zuzug ist streng fernzuhalten. Unterstützungsgelder werden entgegengenommen von Joh. Bömmemann, Jakobikirchhof 6.

Der Vorstand des Vereins der Textilarbeiter.
Zahlstelle Bremen.

An die auf Grund der Arbeiter-Versicherungsgesetze zu wählten Arbeitervertreter im deutschen Reiche richtet der Vorstand des Berliner Arbeitervertreter-Vereins einen Aufruf betr. Vorbereitung zu den bevorstehenden Neuwahlen. Es seien an den Verein aus mehreren großen Städten schon Anfragen ergangen, mit 1. eine einheitliche Kandidatenliste aufzustellen, da hierdurch eine größere Stimmenzersplitterung vermieden werde. 2. Vertreter aus den verschiedenen Provinzen und Berufen heranzuziehen und 3. wenn möglich, bekannte und geeignete Vertreter zu empfehlen. Der Berliner Verein richtet daher an alle Arbeitervertreter, Krankenkassen resp. Gewerkschaften (freie Hilfskassen sind ausdrücklich hiervon ausgeschlossen) hauptsächlich in den größeren Städten die Bitte, daß sie sich über die in Vorschlag zu bringenden Personen verständigen mögen und dann die Vorschläge baldmöglichst zusenden, damit er zur geeigneten Zeit die Kandidatenliste aufstellen und jedem Vertreter zusenden könne.

Adresse: Eugen Simanowski, Vorsitzender, Berlin A., Gartenstr. 78, Portal 2, 2 Treppen.

Der Maurerstreik in Mühlhausen i. Th. wurde am Sonnabend für beendet erklärt. Die Unternehmer bewilligten die ursprüngliche Forderung von 15 Proz. Lohnzuschlag und 10½stündige Arbeitszeit. Der Höchstlohn beträgt 34 Pf., der Durchschnittslohn 33 Pf. pro Stunde.

Achtung! Hutarbeiter. In drei der größten Damenhutfabriken Breslaus sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Wir bitten Zuzug nach dort streng fernzuhalten.

Ein Weberstreik, der für die Weber von Aachen und Eupen von prinzipieller Bedeutung ist, kam vor 14 Tagen in der Weberei und Appreturanstalt der Firma Karl Scheins in Aachen zum Ausbruch und dauert zur Stunde noch an. Ueber die Veranlassung haben die im Ausständigen Weber der Firma wie die Firma selbst in den Aachener Blättern ausführliche Darlegungen veröffentlicht, aus denen zu ersehen war, daß die Firma den Webern eine ganz bedeutende Lohnreduktion auferlegen will, so daß die Löhne auf 8, 9 und 10 Mark pro Woche herabgedrückt würden. Vergebens hat die Gewerbeinspektion und die Vermittelungsinstanz des Textilarbeiterverbandes sich bemüht, einen Ausgleich herbeizuführen: die Firma beharrt bei ihrer Forderung und so ist denn der Gegensatz noch verschärft worden. Die Weber werden von ihren Arbeitskollegen in anderen Fabriken finanziell unterstützt. — Die Lohnreduktion bei der Firma Karl Scheins wird als ein Versuch der Fabrikanten angesehen, nachdem es ihnen mißlang, das Zweistuhlsystem einzuführen, auf dem direkten Wege der Lohnkürzung zum Ziele zu kommen. Von diesem Gesichtspunkte aus versteht man, weshalb die Firma die Weber für entlassen und die Fabrik bis zum 15. Juni für geschlossen erklärte. Die Weber befürchten, daß sich der Kampf auch auf andere Fabriken, insbesondere zunächst auf jene ausdehnen werde, welche die für die Firma Karl Scheins eintaufenden Aufträge anfertigen.

x. **Die streikenden chemischen Arbeiter in Basel** haben bereits in der Fabrik von Geigy u. Co. die Bewilligung ihrer Forderungen erlangt und daselbst die Arbeit wieder aufgenommen. Aus den übrigen Fabriken streiken noch 400 Mann.

Dresden und Sachsen.

Was man mit dem Vereinsgesetze alles machen kann. Bekanntlich pflegen noch viele Polizeibehörden von den Einberufern der Versammlungen den Namen des Referenten zu fordern. Das Gesetz bietet keine Handhabe dafür und die Kreishauptmannschaft Dresden hat auch vor längerer Zeit entschieden, daß die Behörden eine solche Forderung nicht stellen dürfen. In der Kreishauptmannschaft Zwickau aber dient die Verweigerung des Namens des Referenten heute noch zum Verbot einer Versammlung. Allerdings mit einer Begründung, die von außerordentlich gewagter Logik zeugt. Die Behörde in Crimmitschau, um die es sich hier handelt, verlangt von dem Einberufer die Nennung des Referenten. Der Einberufer verweigert es. Darauf wird die Versammlung verboten, und zwar — auf Grund von § 5 des Vereinsgesetzes. Weil nämlich die Nennung des Referenten verweigert wird (mit gesetzlichem Rechte), ist daraus zu folgern, daß er ein gefährlicher Mensch sei und zu Gesetzesübertretungen auffordern werde. Es geht wirklich nichts über eine gute Begründung.

Ein „großes" Mittel zur Bekämpfung des Schwindels, das in Dresden schon in Anwendung ist, hat sich das Ministerium des Innern jetzt für ganz Sachsen zu eigen gemacht. Es erläßt eine Verordnung vom 21. Mai 1897, wonach Gewerbetreibende, die einen offenen Laden haben oder Gast- oder Schankwirtschaft betreiben, verpflichtet sind, ihren Familiennamen mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen an der Außenseite oder am Eingange des Ladens oder der Wirtschaft in deutlich lesbarer Schrift anzubringen. Kaufleute, die eine Handelsfirma führen, haben zugleich die Firma in der bezeichneten Weise an dem Laden oder der Wirtschaft anzubringen. Ist aus der Firma der Familienname des Geschäftsinhabers mit dem ausgeschriebenen Vornamen zu ersehen, so genügt die Anbringung der Firma. Auf offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien finden diese Vorschriften mit der Maßgabe Anwendung, daß für die Namen der persönlich haftenden Gesellschafter gilt, was in betreff der Namen der Gewerbetreibenden bestimmt ist. Sind mehr als zwei Beteiligte vorhanden, deren Namen hiernach in der Aufschrift anzugeben wären, so genügt es, wenn die Namen von zweien mit einem das Vorhandensein weiterer Beteiligter andeutenden Zusatz aufgenommen werden. Die Polizeibehörde kann im einzelnen Falle die Angabe der Namen aller Beteiligten anordnen. Mit Geldstrafe bis zu 150 M. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen wird bestraft, wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt. Die Verordnung tritt am 1. Oktober laufenden Jahres in Kraft.

Damit kann man vielleicht einige kleine Schwindeleien verhüten, man kann es Bankerotteuren erschweren, sich auf unreelle Weise Kredit zu verschaffen, aber den Schwindel überhaupt, namentlich den großen Schwindel, berührt das so wenig, wie die Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital dadurch berührt wird.

In der Königl. „Leipziger Zeitung" findet man hin und wieder unter dem allgemeinen Schutte politischer Verhetzung und Brutalisierung der Beherrschten ein Goldkörnchen sozialpolitischer Einsicht. Ein solches stößt uns auch nachträglich noch in einer der letzten Nummern des Blattes auf. Die „Leipziger Zeitung" schreibt da über die von der Kommission für Arbeiterstatistik gemachten Vorschläge zum Schutze der Konfektionsarbeiter, bemerkt sehr richtig die Unzulänglichkeit kleiner Polizeimaßregeln zur Beseitigung der außerordentlichen Ausbeutung und der Hungerlöhne in der Konfektionsindustrie und dann heißt es in einer allgemeinen Nutzanwendung:

Sowenig man das natürliche Uebergewicht des Großkapitals und den ihm entsprechenden Mangel an Unternehmungsgeist und finanziellen Mitteln in unserem kleinen Mittelstand durch Zwangsinnungen und Besteuerung der Konsumvereine beseitigen wird, solange sich die Beteiligten über die Ursachen des wirtschaftlichen Umschwungs so wenig klar sind, daß sie immer nur auf Symptome kurieren, statt sich die natürliche Ueberlegenheit des Großkapitals durch thatkräftige Förderung des Genossenschaftswesens selbst zu eigen zu machen, so wenig wird man die wirtschaftlichen Folgen jener unseligen Verschiebung zwischen Stadt- und Landbevölkerung, jenes Zugs nach den Großstädten beseitigen, so lange man nicht diese Gewohnheit selbst

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18970529/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

geeignet und lernt, sich unter den bescheideneren aber gesünderen Verhältnissen der Heimat und des angestammten Berufs zu begnügen."

Uns interessiert hier vor allen Dingen das Zugeständnis in dem offiziellen Organ der sächsischen Regierung, daß die Forderung von Zwangsinnungen und Konsumvereinsbesteuerung ein nutzloses Kurieren auf Symptome ist, das von mangelnder Klarheit über die Ursachen des wirtschaftlichen Umschwungs zeugt. Die konservative Partei kann sich diese Lehre hinter die Ohren schreiben. Die Regierung — scheint schon vorher zu einer ähnlichen Ansicht gelangt zu sein.

Stadt-Chronik.

Dresden, 28. Mai.

Der Boykott über das Deutsche Haus in Potschappel wird von den Parteigenossen des Planenschen Grundes mit größter Energie geführt. Wie „Deutsche Wacht" und „Dresdner Nachrichten" übereinstimmend mitteilen, ist dieser Tage den Geschäftsleuten des Planenschen Grundes, die bisher noch im Deutschen Hause verkehrten, ein hektographiertes Schreiben der Boykott-Kommission zugegangen. Darin wird ihnen die Veröffentlichung ihres Namens angedroht für den Fall, daß sie den Verkehr im Deutschen Hause nicht aufgeben.

Beide Blätter regen sich mächtig darüber auf und schreien über Terrorismus. Diese Entrüstung ist sehr billig. Die Parteigenossen des Planenschen Grundes würden sicher nicht zu solchen Mitteln greifen, wenn man sie nicht vorher durch Abtreibung der Versammlungslokale provoziert hätte. Die Sozialdemokraten sind aber nicht so christlich-demütig, daß sie auch die andere Wange noch hinhalten, wenn man sie auf die eine geschlagen hat.

Die „Deutsche Wacht", die am meisten schreit, meint, es sei eine Narrheit, solche Maßregeln zu ergreifen. Narrheiten schaden doch in der Regel denen, von denen sie ausgehen, selber am meisten; da sollte sich die „Wacht" doch über diese Maßregel freuen. Es sieht aber gar nicht so aus und demnach ist anzunehmen, daß die „Wacht" selber nicht an die „Narrheit" glaubt.

Die Sozialdemokraten Pieschens, die neulich von einem einzigen Reidhammel in dem „Dresdner Nachrichten" angerempelt wurden, weil sie angeblich ihre Gemeindesteuern nicht so regelmäßig als die gottesfeuern bezahlten, werden von dem Gemeindevorstand Lemcke in Schutz genommen. Er schreibt den „Dresdner Nachr.":

„Eine mit den Verhältnissen der hiesigen steuerkräftigen Gemeinde nicht bekannte, anscheinend leichtgläubige Person hat die unwahre Angabe verbreitet, daß in der Gemeinde Pieschen die Steuerrückstände 100 000 M. betragen sollen. Jeder unbefangene Mann muß hierin Unerfahrenheit oder Neid über das stets gesunde Aufblühen der Gemeinde Pieschen erblicken, da gerade der gute Eingang der Steuern und die durchschnittlich nicht einmal 10 Prozent der obigen Summe betragenden Rückstände für 1897 eine Steuerherabsetzung möglich gemacht haben."

Ein tapferes Amtsblatt. Die „Elbgauzeitung" findet es „unbegreiflich, wie das Organ der sächsischen Regierung, das „Dresdner Journal", kürzlich gegen den Reichstag Stellung nehmen konnte, weil derselbe in der Angelegenheit des Vereinsgesetzes gegen das Großpreußentum protestierte. Das genannte Blatt macht überhaupt viel zu viel bei wichtigen Fragen sich die Ansichten der in Berlin erscheinenden „Konservativen Korrespondenz" zu eigen. Wir glauben, es wäre im sächsischen Interesse gelegen, wenn sich ein Regierungsorgan in Sachsen nicht zum Schleppenträger jener preußischen „Kreuzzeitungs-Konservativen" machte, die in wegwerfender Weise von den außerpreußischen Bundesstaaten sprechen." Solche Sprache ist man in Sachsen von Amtsblättern nicht gewohnt und es wäre nicht verwunderlich, wenn der Mann gelegentlich einen Wink mit dem Zaunpfahle bekäme, daß Amtsblätter nicht zu nutzen haben.

Billige Arbeitskräfte werden vom Staat wieder gebraucht. Man sucht: Beim Amtsgericht Dresden sofort Lohnschreiber, monatlich 30—80 M.; beim Amtsgericht Pirna sofort Lohnschreiber, 40—50 M. monatlich; bei der Staatsanwaltschaft Dresden sofort Lohnschreiber, etwa 75 M. monatlich; bei der Amtshauptmannschaft Chemnitz 1. Juni Diätist, Tagegeld 2—3 M., beim Oberlandesgericht Dresden 1. Juni Diätist, 450 M. jährliche Remuneration und der regulativmäßige Kopialverdienst (zusammen ca. 1100 M.). Die Leute, welche auf die Stellen reflektieren, müssen selbstverständlich Militäranwärter sein.

An der Gendarmerie des Planenschen Grundes könnten sich die Sicherheitsorgane der Heidebezirke ein Beispiel nehmen. Dort könnten keine Mordanfälle vorkommen. Zu allen Nachtstunden patrouillieren Gendarmen durch den Grund und nicht bloß in Uniform, sondern selbst in den seltsamsten Verkleidungen. So lieben sie es, als Handwerksburschen verkleidet, mit großen „Berlinern" auf dem Rücken, nachts in den Steinbrüchen des Grundes herumzubummeln. Werden sie dabei von bekannten Personen beobachtet, was wohl vorkommt, so kann man das interessante Schauspiel erleben, daß die Gendarm-Handwerksburschen von ihren uniformierten Kollegen wie Arrestanten zur Wache eskortiert werden, um die lachenden Zuschauer womöglich irre zu führen. Alle Handwerksburschen mögen sich das zur Notiz nehmen. Die Verhinderung der Verbreitung von Boykottflugblättern ist der Polizei aber trotz aller Verkleidungen noch nicht möglich gewesen. Es scheint demnach, als ob die Sozialdemokraten doch noch eine bessere Polizei hätten, wie der Staat.

Pfingstsonderzug nach der Sächsischen Schweiz und Böhmen. Mit Rücksicht auf den zu Pfingsten eintretenden bedeutenden Ausflugsverkehr nach der Sächsischen Schweiz und nach Böhmen wird die Staatsbahnverwaltung am 1. Pfingstfeiertage einen Sonderzug vorm. 8 Uhr 10 Min. vom hiesigen Altstädter Personenhauptbahnhofe nach Bodenbach in Verkehr bringen. Dieser Zug trifft 8 Uhr 41 Min. vorm. in Pirna, 9 Uhr 35 Min. in Schandau und 10 Uhr 33 Min. in Bodenbach ein, hält an allen Zwischenstationen und ist mit gewöhnlichen Fahrkarten benutzbar. Namentlich für diejenigen Reisenden, die mit dem billigen Leipziger Sonderzuge hierherkommen und einen Ausflug nach den oberhalb von Schandau gelegenen Orten unternehmen wollen, bietet der Sonderzug eine äußerst günstige Fahrgelegenheit dar.

Herabsetzung des Straßenbahnfahrpreises. Die Straßenbahngebühren für die Strecke Dresden—Blasewitz—Loschwitz sind ermäßigt worden. Wie die genannte Gesellschaft dem Loschwitzer Gemeindevorstand in einer Zuschrift mitteilt, werden von nun an die Fahrpreise vom Schloßplatz bis Loschwitz nicht mehr 25 Pf. wie bisher, sondern bloß 20 Pf. betragen. Mit der Preisherabsetzung hat die Gesellschaft gleichzeitig auch eine Verschiebung in den einzelnen Teilstrecken eintreten lassen. Es werden von nun ab für 10 Pf. zu befahren sein die Strecken Schloßplatz—Hertelstraße; Weißes Schloß—Loschwitz; für 15 Pf. Schloßplatz—Blasewitz; Sachsenplatz—Loschwitz; endlich für 20 Pf. Schloßplatz-Loschwitz. Die Brückengeldgebühr von 3 Pf. wird unbeschadet dieser Aenderung selbstredend nach wie vor eingehoben werden.

Neue Bestimmungen über Aufbewahrung, Lager und Vertrieb von Spirituosen. Die Bestimmungen vom 5. September 1853 über die Aufbewahrung, Lagerung und den Vertrieb von Spirituosen und ähnlichen alkoholhaltigen, leicht entzündbaren Stoffen, sind größtenteils veraltet. Es ist daher auf deren Ersatz durch neue Vorschriften Bedacht genommen worden, welche sowohl die jetzt maßgebenden Ansichten der chemischen Wissenschaft über den größeren oder geringeren Grad von Gefährlichkeit der einzelnen in Betracht kommenden Flüssigkeiten, als auch die berechtigten Ansprüche des Handelsverkehrs berücksichtigen. Ferner sind über Aufbewahrung und Lagerung von Mineralölen, soweit dieselben nicht schon durch reichs- oder landesrechtliche Vorschriften ausschließend geregelt ist, in Dresden nur bezüglich des Petroleums Vorschriften getroffen. Es erschien aber ebenso im Interesse der öffentlichen Feuersicherheit, wie in demjenigen der beteiligten Gewerbetreibenden angezeigt, auch bezüglich der übrigen nicht von reichs- oder landesgesetzlichen Bestimmungen getroffenen Mineralöle entsprechende bestimmte Vorschriften festzustellen. Demgemäß hat der Stadtrat unter Zuziehung von Sachverständigen ein neues Regulativ beschlossen. Dasselbe bedarf noch der Bestätigung des Stadtverordneten-Kollegiums.

Die Verbreiterung der Leipziger Straße in ihrer Strecke zwischen der Moritzburger Straße und der planmäßigen Straße 3 auf das Maß von 24,5 Meter ist von Rat und Stadtverordneten als ein dringendes Ortsbedürfnis anerkannt worden. Verhandlungen wegen freihändigen Erwerbes der hierzu benötigten Landflächen haben zu keinem Erfolge geführt. Einer zwangsweisen Durchführung dieser Verbreiterung steht aber der Umstand entgegen, daß die Bestätigung des Bebauungsplanes, wie des zugehörigen Baufluchtregulativs vom Ministerium des Innern noch nicht erteilt worden ist. Um die dringliche Verkehrsverbesserung gleichwohl nicht aufzuhalten, hat der Stadtrat beschlossen, die Verbreiterung nach Maßgabe des früheren Bebauungsplanes, nur bis auf 20 Meter Breite, im Wege der Zwangsenteignung durchzuführen.

Weitere Verhaftungen sind in der Haide vorgenommen worden. Es handelt sich um zwei Frauenspersonen und einen Mann, herabgekommene Existenzen, die an dem jüngsten Ueberfalle in der Haide indirekt beteiligt gewesen sein sollen. Es sind fast sämtliche gesuchte Personen, die zu dem bekannten Vorfall direkt oder indirekt in Beziehung stehen, ermittelt worden.

Infolge der Einverleibung Pieschens und Trachenberges, bei Erstreckung der hiesigen städtischen Verwaltungseinrichtungen auf diese Gebiete, macht sich bei der Mehrzahl der städtischen Geschäftsstellen eine Vermehrung des Beamtenstandes erforderlich, welche durch die von diesen Gemeinden übernommenen Kräfte nur zum Teil gedeckt wird. Der Stadtrat hat deshalb eine Reihe neuer Stellen begründet. Soweit in den genannten Gemeinden Beamte zur Verfügung sind, sollen sie möglichst berücksichtigt werden.

Arbeiterrisiko. In Radebeul ist am Montag nacht die Frau eines Bierfuhrmanns von ihrem Wagen gestürzt, überfahren worden und hat eine Quetschung des rechten Beines erlitten. Die Verletzte wurde in das hiesige Stadtkrankenhaus gebracht. — Auf einem Neubau in Niederfedlitz stürzte am Montag nachmittag ein Arbeiter und trug einen Rippenbruch, sowie eine Verletzung des rechten Oberarmes davon. Der Verunglückte wurde dem hiesigen Stadtkrankenhause zugeführt.

Vermischte Nachrichten. Zwischen der Steinstraße und der Carolabrücke stürzte am Dienstag vormittag ein vier Jahre alter Knabe, welcher mit seiner Schwester und einigen anderen Kindern am Elbufer Ball spielte, in das Wasser. Ein vorübergehender Schiffer, Paul Koch, eilte hinzu und es gelang ihm, das Kind zu retten. — An der Ecke der Marschallstraße und des Dachsenplatzes stieß am Montag nachmittag ein Motorwagen der Dresdner Straßenbahn mit einem einspännigen sogenannten Taschwagen zusammen. Der letztere wurde umgeworfen und der Kutscher stürzte auf die Straße. Eine Verletzung erlitt er nicht. — Vom Fenster einer Wohnung der Sedanstraße ist am 26. d. M. ein vierecktiger, weißgestrichener Vogelkäfig aus Draht, mit blau gestrichenem Boden und rot gestrichenem Badehäuschen, enthaltend ein Kanarienhähnchen, gestohlen worden. — In der Nacht zum 21. d. M. sind mehrere in den Zwingeranlagen aufgestellt und stark befestigt gewesene Promenadenbänke unter Anwendung großer Gewalt zerstört worden. Die Täter sind noch nicht ermittelt. — Wie jetzt angezeigt worden ist, hat eine unbekannte Frau zu Anfang des Monats Mai 1891 an der Marienbrücke auf einer Steinbank ein größeres Geldtäschchen mit einem Geldbetrage von mehreren Mark und Mitte Februar d. J. am Dippoldiswaldaer Platze ein Paar weiße Glacéhandschuhe (mit einer Nummer versehen) gefunden. Hierauf bezügliche Verlustanzeigen sind bisher bei der Polizeidirektion nicht eingegangen.

Nachrichten aus der Provinz.

Riesa. Die Riesaer Tischler hatten sich vor kurzem durch ihren Vertrauensmann an die Meister gewendet mit dem Gesuche um Einführung der 10stündigen Arbeitszeit, sowie Erhöhung ihrer für hiesige Verhältnisse sehr schlechten Löhne. Diesem Gesuche haben auch fast sämtliche hiesige, sowie auswärtige Meister nachgegeben. Dem Innungs-Obermeister Stadtrat Heinrich ist es zu danken, daß dem Gesuche stattgegeben wurde. Er versprach gleich bei Eingabe der Forderungen, welche er als ganz gut annehmbar bezeichnete, seine Kollegen dafür geneigt zu machen. In einer von Herrn Heinrich einberufenen Meisterversammlung vom 2. Mai haben sich sämmtliche anwesenden Meister bereit erklärt, mit geringen Abänderungen unsere Forderungen anzunehmen. Ausnahmen machten nur die Herren H. Schlegel, Möbelfabrik, und Roreßat, Kastanienstraße. Wir richten nun an die hiesigen Leser des „Volksfreund" die Bitte, ihre Einkäufe in Tischlerarbeiten nur bei den Meistern zu machen, welche ihren Arbeitern auch etwas verdienen lassen. Die Aufbesserung, welche durch freie Vereinbarung getroffen wurde, beträgt immerhin im Durchschnitt 15 Proz., bei einzelnen Akkordpreisen bis 30 Proz. An die Organisationen der Holzarbeiter richten wir die Bitte, alle durchreisenden Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß sie das Umschauen in Riesa unterlassen und sich nur an unseren Arbeitsnachweis wenden, damit durch übermäßiges Angebot unsere errungenen Vorteile nicht wieder verloren gehen.

Großenhain. Als vor einiger Zeit ein Landwirt im hiesigen „Tageblatt" ein Klagelied darüber anstimmte, daß sich das platte Land in einer sogenannten „Leutenot" befände, ließ es sich ein hiesiger Handwerksmeister nicht nehmen, in dieses Klagelied einzustimmen und der Welt zu erzählen, daß auch bei den Handwerksmeistern in allen kleinen Städten eine „Gesellennot" bestände. Es sei so schwer, Gesellen zu bekommen, da dieselben meist in die Städte machten. — Diese Thatsachen können allerdings nicht geleugnet werden. Aber die Klagenden sollen nur ihre Arbeiter besser bezahlen und behandeln. Wenn man in Betracht zieht, in was für trauriger Lage sich die Arbeiter bei manchem Handwerksmeister befinden, so z. B. in einer hiesigen Strümpfmacherei, wo neben Kost und Logis bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden ein Wochenlohn von 4.50 M. gezahlt wird, was man eher mit einem Trinkgeld gleichen kann, da ist es doch nicht zu verwundern, wenn sich die Arbeiter mehr nach den großen Städten ziehen, wo doch infolge des Zusammenhaltes der Arbeiter einigermaßen bessere Zustände herrschen. Die politische und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft sorgt, daß so traurige Zustände nicht aufkommen.

Hartha. Auf Ansuchen der Arbeiter ist in der Filzfabrik von J. Fein Söhne und in der Knopffabrik Flemmingen die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt worden. Auch die Zigarrenfabriken wollen dem Beispiel folgen.

Sebnitz. Auf bisher nicht völlig festzustellen gewesene Art und Weise ist der hiesige Schlossermeister Herm. Wenzel letzten Sonnabend in seiner eigenen Maschinenschlosser-Werkstatt verunglückt. Die Gehilfen, welche eine kurze Zeit abwesend waren, fanden ihn bei ihrer Rückkehr bewußtlos und im Blute liegend vor. Da er bis heute fast ganz ohne Besinnung war, so konnte über den Vorgang nichts ermittelt werden. Jedenfalls ist er von der Transmission erfaßt und herumgeschleudert worden und alsdann abgestürzt, wobei er bedenkliche innere Verletzungen davongetragen hat.

Bautzen. Der Mörder des Schulmädchens Emma Schmidt aus Blumberg bei Ostritz, Johann Bittner aus Johnsdorf in Böhmen, wird fortgesetzt eingehend durch den hiesigen Bezirksarzt auf seinen Geisteszustand beobachtet.

Zwenkau. Am Mittwoch vormittag ereignete sich in der Dampfbrauerei in Zwenkau ein schwerer Unglücksfall. Von einem der noch im Bau befindlichen zwei Lagerkeller stürzte plötzlich das Gewölbe ein und verschüttete 3 der mit dem Verputzen der Innenwände beschäftigten Maurer unter den Steintrümmern. Die armen konnten nur als Leichen hervorgezogen werden. Getötet sind die Maurer Illig und Politz aus Zwenkau und Julius Karl Hertzsch aus Gera. Die beiden Erstgenannten waren schon bejahrte Männer, während der dritte noch im rüstigen Mannesalter stand. Ein vierter, ebenfalls noch mit im Keller beschäftigter Maurer hat sich durch einen Seitensprung gerettet, als er die nahende Gefahr merkte.

Neues aus aller Welt.

Eisenach, 26. Mai. Im Werrathal bei Hörschel richtete ein Wolkenbruch große Verwüstungen an.

Freiburg i. Schl., 26. Mai. Bei den Vorarbeiten zur Ausbeutung eines Kiesschachtes in Oberkunzendorf durch die Firma Lauser u. Sander stellte sich eine Anzahl Arbeiter auf schnell dahinlaufende Loryys. Diese stürzten plötzlich über einander. Ein Arbeiter wurde nach dem „Neuen Görlitzer Anzeiger" hierbei getötet, einem ein Bein abgefahren und mehrere wurden schwer und leichter verletzt.

Kiel, 26. Mai. Der mit der Schiffskasse, die 30 000 M. enthielt, geflüchtete Unteroffizier Delk wurde in Amsterdam verhaftet.

Lübeck, 26. Mai. In dem nahen Ratzeburg sind infolge Einatmens von giftigen Brunnengasen vier Menschen verunglückt. Der Unfall ereignete sich, als man beschäftigt war, das Brunnengerüst auf der Wasserstation der neuen Bahn Oldesloe—Ratzeburg—Hagenow, die am 1. Juli eröffnet werden soll, herauszunehmen. Von den Verunglückten sind der Vorarbeiter und sein Gehilfe aus Magdeburg tot, die anderen beiden sind lebensgefährlich verletzt. Dieselben sollen dem Krankenhause in Lübeck zugeführt werden.

Prag, 26. Mai. In zahlreichen Gemeinden des Bezirks Gitschin hat der am 23. Mai niedergegangene Wolkenbruch großen Schaden angerichtet; man schätzt den Schaden auf 450 000 Gulden. Zwei Menschen sind ertrunken, sechs Häuser und zwölf Brücken sind eingestürzt; vierzig Häuser wurden stark beschädigt. Es herrscht große Not.

Budapest, 26. Mai. Wegen der jüngsten Enthüllungen fand heute zwischen dem Intendanten Baron Nopcsa und dem Journalisten Bartok ein Säbelduell statt, bei dem letzterer durch einen Kopfhieb und fünf andere Hiebe schwer verletzt wurde.

Konstantinopel, 27. Mai. (Telegr.) Gestern nacht fand auf der Station Suki ein Zusammenstoß zwischen einem Militärzuge und einem leeren Güterzuge statt. Zwei Bremser wurden getötet, der Zugführer schwer, fünf Soldaten, fünf Bremser und ein Maschinist leicht verwundet. Eine Untersuchungskommission ist nach der Unfallstelle abgegangen.

Gerichtszeitung.

Geschworenengericht.

Ein Todesurteil fällte das hiesige Geschworenengericht. Der Verurteilte ist der Dienstknecht Breitenfeld. Nachdem derselbe am 24. Februar ds. Js. aus der Strafanstalt Hoheneck entlassen worden war, wandte er sich über Chemnitz nach Meißen und machte daselbst noch an demselben Tage die Bekanntschaft des Arbeiters Schilling. Beide hatten weder Arbeit noch Geld. Um diesem Uebel abzuhelfen, machte Breitenfeld den Vorschlag, einen Einbruchsdiebstahl auszuführen. Schilling soll hierbei seinen Komplizen auf das Hausgrundstück des 65 Jahre alten Rentners Pfordte in Meißen, Elbdamm 24, aufmerksam gemacht, sowie ihn über die Verhältnisse, Alter und Lebensweise der Bewohner unterrichtet haben. Breitenfeld wollte die That schon am 25. oder 26. Februar ausführen. Da Schilling sich fürchtete, mitzumachen, nannte Breitenfeld ihm einen „feigen Hund". Breitenfeld beschloß deshalb den Einbruchsdiebstahl allein auszuführen. Er hahl zu diesem Zwecke ein Beil und ein großes Küchenmesser, begab sich am Morgen des 27. Februar früh gegen halb 5 Uhr an das Pfordtesche Haus, stieg an den hölzernen Balkonsäulen hinauf, bog die Verschlußläden aus den Angeln und legte einen derselben auf das eiserne Balkongeländer. Dann ist er durch das offenstehende Oberlichtfenster der Balkonthüre in das mittlere Zimmer der Wohnung eingestiegen und hat daselbst den Geldschrank erbrechen wollen. Als Breitenfeld hierbei auf der Treppe dem alten Pfordte begegnete, gab er diesem mehrere wuchtige Hiebe mit dem Beil über den Kopf, daß er besinnungslos zusammenbrach. Nachdem die 17 Jahre alte Tochter Dora und der 13 Jahre alte Sohn Rudolf des alten Mannes durch das Geräusch munter geworden waren und ihrem Vater zu Hilfe eilten, wurden sie von Breitenfeld ebenfalls mit Beilhieben traktiert und zu Boden geschlagen. Der Mörder stahl dann dem alten Pfordte das Portemonnaie mit 53 M. Inhalt und die Schlüssel zum Geldschranke. Da Breitenfeld denselben nicht aufbekommen hat, ist er zum Fenster hinausgesprungen und geflüchtet. Der alte Pfordte ist noch an demselben Tage infolge Hertrümmerung der Schädeldecke gestorben. Dem Wahrspruche der Geschworenen gemäß wurde Schilling kostenlos freigesprochen, dahingegen Breitenfeld wegen Mordes, gefährlicher Körperverletzung und schweren Diebstahls zum Tode, zu 5 Jahren Zuchthaus und Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Reichsgericht.

Der Landesverratsprozeß endete am Mittwoch mit der Verurteilung des Angeklagten Fabrin zu vier Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht; Albrecht erhielt wegen Beihilfe sechs Monate Gefängnis. Die Angeklagten sollen Schriftstücke, welche „im Interesse der Sicherheit des deutschen Reiches" geheim zu halten waren, sowie Karten der Festungswerke in Thorn der russischen Regierung ausgeliefert haben. Auch sollen sie versucht haben, sich einen Mobilmachungsplan zu verschaffen, um ihn der russischen Regierung weiterzugeben.

Das Landgericht Hamburg verurteilte am Dienstag zwei Vertreter der Naturheilkunde, die Aerzte Dr. Joh. Gaus und Dr. Heinrich Schmidt wegen Ausstellung falscher Impfscheine zu je zwei Monaten Gefängnis.

Versammlungskalender.

Sonnabend.

Schmiede. Abends 9 Uhr Versammlung im „Trianon". Die politische Lage. Ref.: W. Zimmermann.

Verein für Volksbildung. (Schäfergasse Nr. 23, 1. Etg.) Abends 8/4 9 Uhr Vortrag des Herrn Dr. Schumann über die Stadt Pisa, mit Demonstrationen.

Freie Vereinigung der Luxuspapier-Arbeiter und -Arbeiterinnen. Abends 9 Uhr Versammlung in Selle's Gasthaus. Vortrag des Herrn Fricke: Alte und neue Kultur. Gewerkschaftliches.

Porzellanarbeiter. Abends halb 9 Uhr öffentl. Versammlung im Restaurant „Weißer Adler", Schennenhöfe. Abstimmung über die Frage des Verbandsvorstandes bezügl. des § 6. Die Arbeitsvermittelung. 3. Gewerkschaftliches.

4. Reichstagswahlkreis. Abends halb 9 Uhr öffentl. Volksversammlung im Restaurant „Elb-Salon" in Mickten. Das neue Landtagswahlgesetz. Ref.: Landtagsabg. Fraßdorf.

Gärtner. Abends 9 Uhr im Rest. „Deutsche Eiche" in Striesen, Huttenstraße 1, öffentliche Versammlung. Die wirtschaftliche Lage der Gärtner und wie heben wir dieselbe. Ref.: Kollege Ohm-Berlin.

Kupferschmiede. Abends halb 9 Uhr Versammlung im Vereinslokal, Palmstraße 39.

Leseverein Kaiß. Abends 9 Uhr Vereinsversammlung bei Haupt. Vorlesung. Vereinsangelegenheiten.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. a. gew. Arbeiter. Filiale Dresden. Abends halb 9 Uhr Generalversammlung in Kunath's Restaurant. Neuwahl der Gesamt-Verwaltung und Verschiedenes.

Spielplan der Theater von Dresden.

Sonnabend.

Opernhaus (Altstadt): Die Hugenotten. Oper von Meyerbeer.
Schauspielhaus (Neustadt): Die Waise von Lowood.
Residenztheater: Gastspiel des Herrn Emanuel Reicher vom Deutschen Theater in Berlin. Der Pfarrer von Kirchfeld. Volksstück mit Gesang in 4 Akten von L. Anzengruber.

Wetterbericht

vom 28. Mai, 12 Uhr mittags.

Temperatur +20,5° R. Wetter: Veränderlich. Barometerstand 738. Viel Regen.

Temperatur innerhalb der vorhergegangenen 24 Stunden +21° R. Minimum. +24,5° R. Maximum.

Dresden Elbe + 100.

Letzte Telegramme.

London, 28. Mai. Die „Morning Post" meldet aus Konstantinopel: Die Truppentransporte dauern fort. Es wurde Befehl erteilt zur Entsendung von drei Bataillonen aus Syrien zum Dienste an der serbischen und bulgarischen Grenze. Sechs Transportschiffe sind gestern mit versiegelten Befehlen abgegangen.

Einer Meldung der „Times" vom 27. d. M. aus Athen zufolge hegt die Regierung bezüglich der Zahlung der Kriegsentschädigung die Hoffnung, außerhalb Griechenlands auf die Garantie der drei Schutzmächte England, Rußland und Frankreich hin eine Anleihe aufbringen zu können.

London, 28. Mai. Die „Times" melden aus Konstantinopel, daß die Pforte die Antwort auf die Note der Botschafter erteilt habe. Die Antwort bespricht die Friedensbedingungen nicht, zeigt die Bereitwilligkeit, mit den Botschaftern zu verhandeln, sobald die Formalitäten über den Waffenstillstand erfüllt seien und drückt den Wunsch aus, den Frieden in Pharsala zu unterzeichnen.

Kanea, 28. Mai. Beunruhigende Gerüchte sind verbreitet über die Absichten der Muselmanen im Falle der Abreise der türkischen Truppen. Die Admirale benachrichtigten den Gouverneur, daß sie ihn für etwaige Vorkommnisse verantwortlich machen. Ismail Pascha versprach seinen Einfluß geltend zu machen, lehnte indessen jede Verantwortlichkeit ab, da die europäischen Befehlshaber die Polizei übernommen hätten.

Quittung. Rote Kindtaufe Zschieren M. 3,50 für die Agitations-Kommission.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18970529/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Schmiede.

Sonnabend den 29. Mai, abends 9 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Saale des „Trianon".

Tagesordnung:

1. **Die politische Lage der Gegenwart.**
Referent: W. Zimmermann.
2. Debatte. 3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen **Der Einberufer.**

Soz. Verein Pieschen.

Sonntag den 30. Mai 1897

Partie

durch den
Schoonergrund nach Merbitz, Cossebaude und Goblis.
Abmarsch punkt 1 Uhr von der „Börse".
Zahlreiche Beteiligung erwartet **D. V.**

Porzellanarbeiter.

Sonnabend den 29. Mai, abends 8½ Uhr

öffentl. Versammlung

im Restaurant „Weißer Adler", Scheunenhöfe.

Tages-Ordnung:

1. Abstimmung über die Frage des Verbandsvorstandes bezügl. des § 6.
2. Die Arbeitsvermittelung. 3. Gewerkschaftliches.

Zu jedem Punkt Debatte.

Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig. **Der Einberufer.**

Pfingstfest!

„Zur Zeit der Pfingsten,
Da ist die schönste Zeit;
Der Tag am längsten,
Der uns erfreut!"

So sang schon Urgroßmütterlein,
So singen wir noch heute,
Und wer da so wie ich gestimmt,
Dem macht das Liedchen Freude.

Den Feiertagen gehe ich
So leicht und froh entgegen:
Ich kennt' 'nen Frühjahrsanzug mir,
Vom Schulz' gekauft, zuletzt.

Drum mach' den ersten Feiertag
In Dresden ich Parade
Und zeige der erstaunten Welt
Mich mal im schönsten Staate!

Anfertigung nach Maß ohne Preiserhöhung.

Scheffelstrasse Nr. 12, 1.

Herren-Anzüge	6.75 Mk.
Herren-Anzüge, Cheviot, braun und blau	10.50 Mk.
Herren-Anzüge, g. woll., schöne Farben	14.00 Mk.
Herren-Anzüge, Kammgarn 2c.	17.00 Mk.
Herren-Sommer-Paletots	8.00 Mk.
Herren-Sommer-Paletots, bessere	14.00 Mk.
Herren-Hosen, in Stoff	2.00 Mk.
Herren-Hosen, reinwo	4.00 Mk.
Burschen-Anzüge	5.50 Mk.
Knaben-Anzüge	2.00 Mk.

Scheffelstrasse Nr. 12, 1.

Kleider-Paradies

Inhaber: **Carl Schulze & Co.**

12, 1. Et., Scheffelstraße 12, 1. Et.

Schwarze Anzüge zu verleihen!

Wer wirklich Besseres

in **Schuhwaren**

solid. dauerhaft und zu auffallend billigen Preisen kaufen will, findet solch in allen **Neuheiten** und **größter Auswahl** gewiß nur bei

Louis Radzick, Fabrik: **Böhmische Straße 4**
Alaunstraße 3, im Laden am Albert-Theater.
Maaß- und Reparatur-Annahme in Leder und Gummi daselbst.

Restaurant Otto Grosskopf

Lortzingstraße 9, Ecke Gabelsbergerstraße

empfiehlt **div. gute Biere** und **Weine, kalte** und **warme Speisen** zu jeder Tageszeit.

Jeden Sonnabend und Sonntag
Großes Frei-Konzert von der **Haus-Kapelle.**

Hierzu ladet höflichst ein **D. O.**

Unterzeichneter bringt den geehrten Genossen und Arbeitern von **Uebigau** und Umgegend seine

Bäckerei

in empfehlende Erinnerung.

Brot Ia., 4 Pfd., 36 Pfennig.
II. Sorte, 4 „ 34 „
Auf jedes Brot 2 Pfennig Rabatt!!

Robert Rennau, Bäcker
Uebigau, 23C.

Rindfleisch, 3 Pfd. 1 Mark, Rindfleisch, Pfd. von 50 Pf. an, Schweinefleisch, Pfd. von 55 Pf. an, Blut- und Leberwurst, Pfd. 50 Pf. Aufs. Salat und Sülze empfiehlt **Guenk,** Fleischermstr., Jagdweg 15.

Kinderwagen und Fahrstühle, große Auswahl, billigste Preise. **J. Hirschfelder, Louisenstraße 52, 2. Hof.** Nehme auch gebrauchte in Zahlung. Reparaturen billigst. (Kein Laden.)

E. Philipps Restaurant

Nikolaistraße 13

empfiehlt seine **neu renovierten Lokalitäten.**
ff. Biere. Gute Küche.
Für **kräftigen Mittagstisch** à Portion **35 Pf.** ist bestens gesorgt.
Um gütigen Zuspruch bittet **D. O.**

G. Richters

Restaurant

Schäferstrasse 93

empf. seinen **kräftigen Mittagstisch, echt Nürnberger u. Kulmbacher Bier. Großes Vereinszimmer mit Pianino.**

Zum

Pfingstfest

empfehle in großer Auswahl:

Knaben-Anzüge in Trikot, Cheviot, Sammet. von **2.75 M.** an.

Mädchen-Kleider in Wollstoff, Sammet, Plüsch und Waschstoff.

Knaben-Blousen und **-Hosen, Matrosenkragen** und **-Mützen.**

Mädchen-Pelerinen von **45 Pf.** an, **-Jacketts** von **1,70 M.** an.

Kinder-Schürzen weiß und bunt, in reizenden Kleidchen-Façons.

Kinder-Schirme von **50 Pf.** an.

Frauen-Kragen in Tuch, schwarzem Stoff und Sammet.

Frauen-Jacketts schwarz und farbig.

Weiße Unterröcke mit Stickerei, von **1,25 M.** an.

Regen-Schirme und **Sonnen-Schirme,** von **1,80 M.** an.

Weiße Wäsche und bunte, für Männer, Frauen und Kinder.

Trikot-Hemden **Touristenhemden, Kragen, Manschetten, Kravatten.**

Garnierte Strohhüte

für **Mädchen** von **60 Pf.** an. für **Damen** von **2,25 M.** an. für **Herren** von **45 Pf.** an.

Sehr billige Preise.

Carl May

Deuben.

Gut und billig

kauft man herrschaftl. gear. **Herren- u. Damengarderobe, Ueberzieher, Schuhwerk,** sowie **Möbel u. Betten**

10 Rosenstrasse 10
bei **Werner**
Eingang Bartholomäistraße.

Günstige Gelegenheit.

Ein Posten
Kleiderschränke
ist bei einer Anzahlung von 6-10 M. u. wöchtl. Abzahlung von 1 M. sofort abzugeben.

N. Fuchs
Neumarkt Nr. 7.

POLSCHER
ZAHNKÜNSTLER — DENTIST 13
PRAGERSTRASSE
Eine Treppe.

Bitte! Lesen Sie!

100

fertige

Damenkleider

von **10** M. bis **48** M. werden bis **Pfingsten** bei einer Anzahlung von **3** M. an abgegeben. **Nur** bei

Carl Klingler
Dresden
17 Wilsdruffer Straße 17
1. Etage.

Eleg. med. Kinderwag., bill. Gelegenheitsk., Schäferstr. 77, 1., Just.

Eleg. Kinderw., n. u. gebr., b. z. verk. Josephinenstr. 11, Hth., part. **Dittrich.**

Butter

Tafelbutter Pfd. 105, 110 u. 120 Pf.

Eier

frische große Mdl. 55 Pf., Stck. 4 Pf.

Käse

Schweizerkäse Pfd. 58, 78, 88 Pf.
Kümmelkäse Stck. 12 Pf.
Limburger Käse Stck. 15 Pf.
Fruchtmarmelade
1 Pfd. 25 Pf., bei 5 Pfd. 20 Pf.
empfiehlt

K. Hub, Amalienstraße 21.

Für Mund-Harmonikaspieler.

Mit den von Herrn **Otto Friebel, Dresden-A., Strehlenerstraße 24,** bezogenen Mund-Harmonikas bin ich **außerordentlich** zufrieden und kann ich aus diesem Grund bei Bedarf von **Mundharmonikas,** besonders für **Klubs,** Herrn Friebel auf's beste empfehlen, zumal derselbe auch **billiger verkauft,** als **alle** anderen **Geschäfte.**

O. Jost
Mundharmonika-Virtuos
Dresden, Oppellstr. 29.

Parteigenossen!

Wer für 6 Mark gute **Herren-Schuhe u. -Stiefel,** für 4.50 M. **Damen-Schuhe u. -Stiefel** haben will, bemühe sich zum Genossen

Michel, Rosenstr. 3.

Dort kauft man wie bekannt **gut** und **billig.**

Afrikanische Wachteln

Männchen, fleißige Schläger 1.50 Mk., richtige Buchtpärchen 3 Mk., Wachtelhäuschen 4.50 Mk., versendet unter Garantie lebend. Ankunft per Postnachnahme.

W. Peeters, Holld. Vogelhandlg., postlagernd **Kaldenkirchen 139.**

---

1 gr. leere 2fenstr. **Stube** m. Kochofen z. verm. b. Bürger, Grenadierstr. 2, 1.

Verein für Volksbildung

Schülergasse Nr. 23, 1.
Sonnabend den 29. Mai 1897

Vortrag

des Herrn **Dr. Schumann** über:

„Die Stadt Pisa"
mit Lichtbilder-Demonstration.

Beginn präzis ½9 Uhr.
Fragekasten. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder täglich.
NB. Um **recht pünktliches Erscheinen** der Mitglieder und Gäste wird ersucht. 1114

Freie Vereinigung aller in der Luxus-Papierbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Sonnabend den 29. Mai 1897
abends 9 Uhr

Oeffentl. Versammlung

in Selks Gasthaus.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Fricke:** „Alte und neue Kultur". — 2. Gewerkschaftliches. — Zu jedem Punkt Debatte.

639 **Der Vorstand.**

Naturheilverein i. Plauenschen Gr.

Sonntag den 30. Mai

Ausflug

nach **Dorfhain.**
Abfahrt von Potschappel 12¹⁰.

Verein Dresdner Steinsetzer.

Sonntag den 30. Mai, nachm. 3 Uhr, findet im Vereinslokal, Rosenstr. 11, unsere nächste **Mitgliederversammlung** statt.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

691 **Der Vorstand.**

Sangeslustige Damen und Herren,

die gewillt sind, einem Chorgesangverein beizutreten, finden Aufnahme im Gemischten Chor **„Rheingold".** Herren mit mittlerem Stimmenumfange bevorzugt. Die Uebungen finden jeden Mittwoch von 9—11 Uhr abends in Rotzsches Gasthaus, kleine Brüdergasse 17, 1. Etage, statt.

Sonntag den 30. Juni

Schweiz-Partie.

Hochfeine 19/10

Matjes-Heringe

nicht konservierte
Stück **10** und **12** Pfg.

Konsumverein „Vorwärts".

Gute, billige Schuhwaren

und feste **Reparaturen** zu billigsten Preisen bei **C. Förster**
7 Louisenstraße 7.

Keine 5½ Mark,

oder noch mehr wie bei vielen andern, sondern nur noch **5 Mk.** kosten meine bedeutend verbesserten und thatsächlich unübertroffen anerkannten und vorzüglich abgestimmten **Non plus ultra Concert-Zug-Harmonikas,** 35 cm hoch, 2chörig, mit 10 Tasten, 2 Bässen, 2 Bassen, 40 garantirt reine Stimmen, 3 stählernen unverwüstlich starken Doppelbälgen und Stahleckschonern, 2 Zuhaltern, vielen Nickelbeschlägen, elegant Nickelklammern und eingemalt harter **orgelartiger Musik.** Ein 3chöriges Prachtwerk also **6½ Mark,** ein **4chöriges** nur 8 Mark, ein **6chöriges** also **11** Mark und ein **2reihiges** mit 19 Tasten, 4 Bässen nur **10 Mark 20 Pfg.,** mit 21 Tasten also **11 Mark.** Mit **großer Glocke 50 Pfg.** mehr. Eine wahrhaft **Record-Zither** mit 2 Griffbrettern und sämmtlichen Zubehörteilen 2 Mark, mit 6 Griffbrettern 3 Mark. Versandt gegen Nachnahme. Verpackung frei. Porto 40 Pfg., 2 Zithern beim auch Mk. 50 Pfg. Porto. Selbstverständlich wird auch Preisliste gratis. **Garantie** für billigste Solidarität der Fabrikation und Gestattung des Umtausches. Tausende **Nachbestellungen** und Anerkennungsschreiben.

Herm. Severing, Neuenrade Westfalen.

In der Garantie, die ich leiste, liegt die beste Gewähr für die Lieferung eines guten Instrumentes, nicht in wortschwelgerischen Annoncen. Die unterzeichnete anerkennen Heisen u. billigen Harmonikas von 3 bis 4 u. 4½ M. liefere ich auf Verlangen ebenfalls.

Konsumvereine und Sozialdemokratie

von

Karl Kautsky.

Preis 15 Pfg.

Die Expedition.

Putz.

Größte Auswahl garnierter u. ungarnierter Hüte, sowie Blumen, Federn, Tritzy, Rüschen 2c. Auch werden Hüte geschmackvoll u. billig modernisiert.

Ernst Klaar

Liliengasse 25, Ecke Josephinenstraße.
Abonnenten der „Sächsischen Arb.-Ztg." **5% Rabatt.**

! Striesen !

Spenerstr. 13

im Hause des Konsum-Vereins.
Schuhwaren-Lager für Herren, Damen u. Kinder. Touristenschuhe, Sandalen, Herrenturnschuhe für 3 M. Billige Preise. — Reelle Bedienung. Konsumvereins-Mitglieder erhalten **5 Prozent Rabatt.**

A. Gäsche.

Karl Claussnitzer

Tabak- u. Cigarren-Geschäft

Rosenstrasse 26

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in **Cigarren, Cigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken** einer geneigten Beachtung.

Wiederverkäufer billigst.

Bilder, Spiegel, Gardinenstangen Bilderleisten

empfiehlt in großer Auswahl zu billigsten Preisen

Franz Donath
19 Annenstraße 19
im Hofe rechts.
Bilder werden schön und billig eingerahmt.

Auskunft und Rat in allen Rechtssachen: Klagen, Gesuche, Steuer-Reklamationen, Verträge, sowie Gedichte etc. fertigt billigst an **Ignatz Zimmermann**
Dresden, Jägerstrasse 2, part.

Tüchtige Dreher, Hobler, Bohrer, sowie **jüngerer Mann als Zeichner** für das technische Bureau gesucht von **Rockstroh & Schneider Nachf.**
Maschinenfabrik
Dresden-Löbtau.

---

2 bis 3

tücht. Stellmacher

sichere u. geübte Kastenarbeiter auf Luxuswagen können sofort dauernde Stellung bekommen bei

Paul Kathe
Hofwagenfabrikant
Braunschweig.

NB. Nur mit guten Zeugnissen versehene wollen sich melden.

Tapisserie.

Ein tüchtiger **Lederarbeiter,** welcher selbständig Reisetaschen und Sattlerlinen anfertigen kann, und für eine Fabrik vorzeichneter Weise waren nach Berlin verlangt. Offerten mit Angabe bisheriger Thätigkeit und Gehaltsansprüche unter **J. D 6946** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** erb.

Z.-C. Dienstag abends 6 Uhr Sitzung.

Verlag von August Naden, Gohlis-Dresden.
Verantwortlicher Redakteur: Hermann Fleißner in Pirna.
Redaktionsdruck der Buchdruckerei Hermann Schoenfeld, Dresden.

Hierzu 1 Beilage.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18970529/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“.

Nr. 121. | Dresden, den 29. Mai 1897. | 8. Jahrgang.

Prozeß von Tausch.

3. Verhandlungstag.

Berlin, den 26. Mai 1897.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rösler, eröffnet die heutige Verhandlung um 9¼ Uhr. Er entläßt die für heute geladenen Zeugen mit dem Bemerken, daß heute günstigstenfalls die Vernehmung der Angeklagten zu Ende geführt werden könnte und daß sich die Zeugenvernehmung bis weit in die nächste Woche erstrecken werde.

Es sind zwei Briefe eingegangen, der eine an den Vorsitzenden, der andere mit der Adresse an die Geschworenen. Nach der Handschrift zu urteilen, sind beide Briefe von einer Person geschrieben. Wie der Vorsitzende mitteilt, enthält der an ihn gerichtete Brief eine Beeinflussung. Die Geschworenen lehnen darauf die Annahme des an sie gerichteten Briefes ab.

Die Verhandlung setzt bei dem Punkte der Anklage ein, der dem Angeklagten v. Tausch die Strafentziehung des Lützow zum Vorwurf macht. — Vors.: Sie geben doch zu, an sich als Beamter zu der Strafverfolgung von Verbrechern verpflichtet zu sein? — Angekl. v. Tausch: Jawohl, aber ich hielt im Interesse des Staatswohls eine Verfolgung für nicht angängig. Herr Oberstlieutenant Gäde sagte mir: „Für mich ist die Sache abgethan, thun Sie, was Sie wollen!“ Ich hielt das für einen Wink, die Sache für erledigt zu halten. Außerdem sagte ich mir, es ist im Interesse des Staatswohls nicht erwünscht, daß dieser Kampf zweier Minister in die Oeffentlichkeit kommt. — Vors.: Das Staatswohl ist für Sie, wie für jeden Beamten maßgebend. Aber Sie wissen, daß das Interesse am Staatswohl den hohen Beamten Herrn v. Marschall nicht abgehalten hat, die ganze Sache in der Oeffentlichkeit zu verhandeln. Ich möchte Sie fragen: Hatten Sie außer dem Interesse des Staatswohls vielleicht ein persönliches Interesse an der Schonung des Lützow? — Tausch: Nein. — Vors.: Warum haben Sie im Prozeß Leckert-Lützow den Kukutsch nicht sofort von dem Verdachte, die Quittungsunterschrift gefälscht zu haben, gereinigt? — Tausch: Ich fühlte mich nicht berufen, gegenüber in die Verhandlung einzugreifen, ich war mir aber bewußt, daß ich wegen der Quittung befragt würde, und dann hätte ich die volle Wahrheit gesagt. Mein Gerechtigkeitssinn läßt es mir nimmer zu, einem Unschuldigen einen Verdacht sitzen zu lassen. Meine vorgesetzte Behörde wird mir bezeugen, daß ich stets auf Gerechtigkeitssinn und Wahrheitsliebe gehalten habe. — Rechtsanwalt Lubczynski will jetzt erst wissen, daß v. Tausch, obwohl er gefragt worden war, doch nicht die Wahrheit über die Quittung gesagt hat. — Tausch: Die Quittungssache war mir vollständig gleichgiltig. Ich hatte nur Besorgnisse, alles zu sagen, was mir vom Ministerkampfe bekannt war. Es war mir doch als preußischer Beamter unangenehm, solche Dinge auszusagen. Ich hatte ja von meiner vorgesetzten Behörde weitestes Spielraum für die Aussage erhalten, aber doch mit einer gewissen Beschränkung, und fragte mich immer, wie weit kannst du gehen, wie weit nicht. — Der Oberstaatsanwalt macht dem Angeklagten den Vorwurf, daß er unter seinem Eide die Thatsache von der gefälschten Quittung verschwiegen hat. In dem Moment, wo Kukutsch die Unterschrift ableugnete, der damalige Angeklagte v. Lützow aber sagte, Kukutsch habe die Unterschrift geleistet, mußte v. Tausch vortreten und sagen, die Quittung hat Lützow gefälscht. Die Staatsanwaltschaft ersucht um Verlesung der Vernehmungen in der Quittungssache aus dem Prozeß Leckert. — Die Verteidigung stellt dann den Antrag in Aussicht, den ganzen stenographischen Bericht über den Prozeß Leckert zu verlesen. — Verteidiger: Hätte der Angeklagte Tausch angegriffen, wenn Kukutsch nach seiner Aussage wegen Meineids verhaftet worden wäre? — Tausch: Unbedingt. — Rechtsanwalt Sello: Ist dem Angekl. Tausch amtlich über das Ergebnis der Disziplinaruntersuchung gegen Kukutsch und Gen. etwas mitgeteilt worden? — Tausch: Nur gesprächsweise hat mir Herr Gäde gesagt, daß Kukutsch von der ganzen Sache nichts wisse. — Rechtsanwalt Lubczynski: Herr v. Tausch ist ja früher schon im Kriegsministerium beschäftigt worden. Ist ihm da das Ergebnis der Ermittelungen anders als im Gespräch, etwa unter Urkunde und Siegel mitgeteilt worden? — Tausch: Auch nur gesprächsweise. — Oberstaatsanwalt: Ich stelle nunmehr den Antrag, aus dem Prozeß Leckert die Stellen des Berichts, welche die Vernehmung des Herrn Kukutsch betreffen, zu verlesen.

Der Gerichtshof zieht sich hierauf zur Beschlußfassung über diesen Antrag zurück. Das Gericht beschließt die Verlesung des Stenogramms unter der Voraussetzung, daß die sämtlichen Prozeßbeteiligten eine Erklärung abgeben des Inhalts, daß sie das Stenogramm als im wesentlichen dem Gange der Verhandlung im Prozeß Leckert entsprechend anerkennen wollen. Die verlangte Erklärung wird von allen Prozeßbeteiligten abgegeben und die Verlesung des Stenogramms, soweit es die Vernehmung des Kukutsch betrifft, erfolgt. Nach Beendigung der Verlesung hebt Rechtsanwalt Sello hervor, daß während dem Duell zwischen Lützow und Tausch auch der Oberstlieutenant Gäde als Zeuge anwesend war. — Oberstaatsanwalt: Wenn damit dem Herrn Gäde etwa der Vorwurf des Meineids gemacht werden soll, so muß ich dagegen entschieden Verwahrung einlegen. Herr Oberstlieutenant Gäde kannte das Verhältnis zwischen Tausch und Lützow gar nicht, er hatte das Beweismaterial gegen Lützow nicht in Händen und hatte dem Tausch ganz korrekt gesagt, was er als Polizeibeamter thun wolle, sei seine Sache. — Rechtsanw. Sello: Die Verteidigung meint nur, Herr Gäde sei damals ebenso gut Zeuge gewesen wie Tausch. Es liegt ihr, die den Angekl. Tausch des Meineids nicht für schuldig hält, ganz fern, den Oberstlieutenant Gäde des gleichen Verbrechens für schuldig zu halten. — Rechtsanw. Holz weist auf kleine Widersprüche zwischen der heutigen Aussage des Tausch und der damaligen eidlichen Aussage hin. — Vors.: Ja, wenn man eine mathematische Genauigkeit solcher Bekundungen verlangt, dann bewahre Gott jeden, als Zeuge eidlich vernommen zu werden. — Rechtsanw. Lubczynski: Hat Herr v. Tausch vor der Verhandlung nicht bereits einem Journalisten Mitteilung von der gefälschten Quittung gemacht? — Angekl. Tausch: Das ist wohl möglich. — Rechtsanw. Lubczynski: Ich frage Herrn v. Tausch, warum er er nach dieser Mitteilung an Liman, also an einen ganz unbeteiligten Dritten, es nicht in der Verhandlung für angezeigt gehalten, mit der Wahrheit über die Quittung herauszukommen? — Angekl. v. Tausch: Ich habe es Herrn Dr. Liman unter strengster Diskretion erzählt. — Auf Wunsch des Rechtsanw. Lubczynski wird der Bericht verlesen, den Tausch über seine Ermittelungen an den Präsidenten v. Windheim gemacht hat. Er erzählt darin von einer Unterredung mit Herrn v. Köller, der ihn nach dem Urheber der Münchener Depesche gefragt hat. Tausch hat ihm den Namen des Herrn v. Lucanus genannt und Köller soll geantwortet haben: Ich bitte, daß Sie gut unterrichtet sind. Es liegt mir sehr viel daran, den Urheber zu ermitteln. Sie brauchen nicht sparsam zu sein. Von dem Verdachte gegen Kukutsch und das litterarische Bureau hat Tausch Herrn v. Köller keine Mitteilung gemacht, wie er in dem Berichte sagt, weil die Untersuchung schon abgeschlossen war und sein Ergebnis geliefert hatte.

Es tritt die übliche Mittagspause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung stellt der Vert. Lützows, Rechtsanwalt Holz, noch einmal, nun ganz substantiiert den Antrag, den Polizeirat Jahn in Straßburg zu vernehmen. Jahn soll bekunden, daß Tausch animos gegen die elsässische Polizei war und ihn aus dem Amte eines Leiters der elsässischen Polizei zu verdrängen gesucht habe. Die Vernehmung soll den weiteren Zweck haben, die Vermutung, daß Tausch den von Lützow beim „Berliner Tageblatt“ angebrachten Artikel über die elsässischen Manöver und die elsässische Polizei inspiriert habe, zu unterstützen. Die Verteidiger des Angeklagten Tausch unterstützen den Antrag. Der Oberstaatsanwalt widerspricht ihm, weil er zu großen Weiterungen führen würde. Der Gerichtshof lehnt den Antrag ab, weil es sich nicht um Thatsachen, sondern um ein Urteil in dem Antrage handele. Die Verhandlung wendet sich wieder dem Bericht zu, den Tausch an den Präsidenten von Windheim gegeben hat. In dem Berichte sind als vermutliche Urheber der Münchener Depesche außer Lucanus die Minister Miquel, Boetticher, Köller, Botschafter Graf Eulenburg und General von Wimpffen genannt. Angeklagter von Tausch will diese Namen von anderen Personen gehört haben, bei denen er sich erkundigt hatte. So habe ihm Herr Gäde gesagt, es könne nur eine Indiskretion eines Teilnehmers der Staatsministeriallsitzung vorliegen. Zwei Minister seien gegen die Militärstrafprozeßreform gewesen, einer davon sei Herr von Köller gewesen. Weitere Auskunft will er über die Personen, mit denen er gesprochen haben will, nicht geben. In dem Berichte hat Tausch angegeben, daß Herr Gäde zuerst den Verdacht auf das litterarische Bureau im Ministerium des Innern gelenkt habe. Heute hat Tausch in Uebereinstimmung mit dem Zeugnis des Herrn Gäde im Leckert-Prozeß zugegeben, daß er zuerst den Verdacht gegen das litterarische Bureau ausgesprochen habe, nicht Herr Gäde. Der Widerspruch zwischen den Angaben des Berichts und dem thatsächlichen Vorgang will Tausch auf die flüchtige Fertigstellung des Berichts zurückführen. Der Vorsitzende hebt hervor, daß es von großer Erheblichkeit ist, ob der Verdacht gegen das Ministerium des Innern zuerst von Herrn Gäde oder Herrn v. Tausch ausgesprochen worden ist. Es kommt wieder einmal zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern der beiden Angeklagten, die die Glaubwürdigkeit der beiden gegenseitig bemängeln. In dem Berichte des Tausch heißt es weiter: Herr Gäde teilte mir mit, daß ihm Herr v. Köller zugegeben habe, nachdem die Depesche erschienen sei, mehrere Artikel in dem Sinne der Depesche in Blätter lancieren zu haben. Herr Gäde habe ihm außerdem gesagt, Köller habe auf der Hofjagd in Letzlingen eine Aeußerung über die Ministerkollegen gethan, die er selbst bereits zugestanden habe. Auf die Frage des Rechtsanwalts Lubczynski, ob Herr Gäde dem Tausch das wirklich gesagt habe, erwidert Tausch, er behalte sich die Antwort auf diese Frage bis zur eidlichen Vernehmung des Oberstlieutenants Gäde vor. Die Vernehmung des Angeklagten Tausch wendet sich nun der Thatsache zu, daß er Leckert am 9. Oktober, v. Lützow aber erst am 10. Oktober verhaftet habe. v. Tausch erklärt das mit technischen Gründen; er habe am 9. Oktober ununterbrochen von 9 Uhr früh bis halb 9 Uhr abends Dienst gethan und nichts, weder Frühstück, Mittag- noch Abendbrot, genossen. Er sei physisch nicht mehr leistungsfähig gewesen und habe deshalb die Verhaftung Lützows auf den folgenden Tag um 7 Uhr früh verschoben, zumal er sicher war, daß sein Agent nicht fliehen würde. Als Lützow am 10. Oktober vernommen wurde, hat er ihm 10 Mark gegeben. Der Angeklagte erklärt das aus seiner humanen Gesinnung. Er habe auch anderen Verhafteten Geld zum Frühstück gegeben; Lützow habe ihm geklagt, daß er keinen Pfennig habe. — Vors.: Sie haben dem Wachtmeister, der die Haussuchung bei Lützow vornehmen sollte, bei der Instruktion gesagt: „Finden werden Sie nichts.“ — Angeklagter von Tausch: Ich war auch damals überzeugt, daß der Herr Wachtmeister nichts finden würde. — Vors.: Sie haben zu dem Schutzmann gesagt: Haussuchung müssen Sie auch halten, er giebt Ihnen auch heraus, was er hat. Die Anklage nimmt an, daß Sie damit haben sagen wollen, der Beamte möge möglichst wenig suchen. — Angekl. Tausch: Ich weiß nicht, was sich der Schutzmann gedacht hat. Ich habe aber solche Gedanken nicht in ihm erwecken wollen. — Vors.: Nachdem Lützow aus der Haft das erste Mal entlassen war, haben Sie ihm noch 100 Mark gegeben. — Angekl.: Das war sein Gehalt. Ich gab es ihm, weil ich bis zum Ende des Prozesses Leckert mit ihm nicht mehr zusammenkommen wollte. Das letztere habe ich ihm auch gesagt. — Vors.: Warum haben Sie nun, als Sie vom Präsidenten v. Windheim befragt wurden, nichts von der gefälschten Quittung gesagt? Angekl. Tausch: Vor Gericht muß man so etwas sagen, bei einer Auskunft nicht. Ich sagte schon, Herr v. Windheim kannte die Agenten nicht und kümmerte sich um das Agentenwesen nicht. — Vors.: Sie wissen doch, daß der Herr Polizeipräsident die Behörde nach außen repräsentiert. Ich meine, er mußte doch kontrollieren können, was Sie für Agenten benutzen, damit nicht einmal von diesen Beamten die Behörde arg kompromittiert werden kann. — Angekl.: Der Polizeipräsident sieht zu hoch, um mit dem Agentenwesen behelligt werden zu können. Wer es gut meint mit der Behörde, der darf den Präsidenten nicht zum Mitwisser in den Agentenbingen machen, gerade weil diese Leute den Behörden oft Unbequemlichkeiten bereiten. — Oberstaatsanwalt: Es ist hier eine Organisationsfrage der Polizei berührt worden, die vielleicht noch später bei der Vernehmung des Herrn v. Windheim erörtert werden wird. Ich bitte, in der Lage, mich in diesem Punkte, aber nur in diesem Punkte, auf den Boden des Angeklagten zu stellen. In der That konnte sich der Präsident nicht mit den Agenten belassen, er ließ sich mit Absicht nicht unterrichten. Wenn er aber von dieser Regel einmal abwich und einen Bericht von dem Angeklagten über einen Agenten erforderte, so mußte der Angeklagte auch von dieser Regel abweichen und dem Polizeipräsidenten die Wahrheit sagen. Ich mache ihm deshalb den Vorwurf, einen wissentlich falschen Bericht erstattet zu haben. — Vors.: Glaubten Sie denn, der Polizeipräsident wollte keinen wahrheitsgetreuen Bericht haben? — Angekl. v. Tausch: Nein, aber ich wollte dem Präsidenten die Verlegenheit ersparen, entweder einen wahrheitsgetreuen Bericht an die Staatsanwaltschaft zu geben und damit die ganze Affaire der Oeffentlichkeit zu übergeben, oder die Sache auch zu verschweigen, wie ich es gethan habe. Ohne solche Maßnahmen kann ein tüchtiger Polizeibeamter nicht auskommen, das kann ich Ihnen versichern. Ist erst einmal die Staatsanwaltschaft unterrichtet, dann geht alles seinen Lauf. — Oberstaatsanwalt: Jawohl, ich hätte den Lützow zur Verantwortung gezogen, denn ich habe eine andere Ansicht über die Pflicht der Strafverfolgung von Verbrechern, wie der Angekl. v. Tausch. — Angeklagter v. Tausch: Man muß eben meine Stellung als Polizeibeamter berücksichtigen. Ich hielt das Staatsinteresse für höher, als die Bestrafung eines Polizeiagenten. Außerdem ist es nicht möglich, ohne Agenten zu arbeiten. Wollte man aber das Vorgehen eines solchen Agenten verfolgen, so wäre man bald alle Agenten los. — Der Vorsitzende gebt nunmehr auf die Artikel der „Welt am Montag“ über den Breslauer Jarentowitz ein, die im Leckert-Prozeß eine so große Rolle gespielt haben. — Angekl. Lützow giebt an: Er habe v. Tausch getroffen, und dieser habe ihm gesagt: „Sie haben wohl den Artikel in der „Welt am Montag“ geschrieben, ich habe sofort Ihren Stil erkannt!“ Ich sagte ihm, daß ich der Verfasser sei und die Nachricht von Leckert habe, der sie seinerseits vom Auswärtigen Amt und Herrn v. Marschall erhalten habe. Herrn v. Tausch interessierte die Nachricht sehr, ich glaube, er hatte seine Freude daran, daß das Auswärtige Amt eine solche Nachricht lancieren wolle. Das Interesse des Tausch zeigte sich noch weiter, das er zu Hause einen Brief aus dem Schreibtisch herausholte, der vom Botschafter Grafen Eulenburg geschrieben war. In dem Briefe war ihm die Verleihung des österreichischen Ordens bekannt gegeben worden. Tausch sagte dabei, Graf Eulenburg hat mich gebeten, wenn etwas Interessantes auf politischem Gebiete passieren sollte, ihm das mitzuteilen. Das wäre doch etwas für den Botschafter. Tausch wollte, daß Graf Eulenburg dem Kaiser mitteile, daß Herr v. Marschall solche Artikel lanciere. — Vors.: Das hat Ihnen Tausch als seinen Beweggrund angegeben. — Angekl. Lützow: Jawohl, er hat auch an den Botschafter geschrieben, denn noch acht Tagen sagte mir Tausch, der Botschafter habe ihm geantwortet. Tausch veranlaßte mich nun, neues Material für einen zweiten Artikel zu sammeln und ich brachte der „Welt am Montag“ einen zweiten Artikel. Ich hatte Schwierigkeiten, den Artikel anzubringen, ich setzte es aber schließlich durch, weil ich sag, ich hätte die Informationen direkt von Herrn v. Marschall persönlich. — Vors.: Sie sollen sogar dem Redakteur gedroht haben, Sie würden ihm eine feine Suppe einbrocken, wenn er den zweiten Artikel nicht brächte. — Lützow: Ich habe nicht direkt gedroht, aber sehr energisch auf die Aufnahme gedrungen. Der Artikel ist dann nicht ganz in meiner Fassung erschienen. Ich war darüber indigniert, ich schrieb Dr. Plötz, ich würde wegen der Entstellung dieses Artikels nicht mehr für ihn arbeiten. Tausch erzählte mir zwei Tage später, der Artikel habe wie eine Bombe im Auswärtigen Amt eingeschlagen. Herr v. Marschall habe Herrn v. Windheim kommen lassen und ihn gefragt, ob er einen Agenten Namens Lützow habe. Herr v. Windheim habe darauf keine Auskunft geben können, da er mich nicht kannte. Herr v. Tausch forderte mich auf, einen langen Bericht über die ganze Affaire zu schreiben und besonders darin zu betonen, warum Leckert nur glaubhaft erschienen sei. Diesen Bericht wollte er haben, wie ich glaube, für den Botschafter Grafen Eulenburg, bei dem er sich, wie ich glaube, engagiert hatte. Der Bericht sollte ganz detailliert sein. Jetzt weiß ich durch den Vorprozeß, daß dieser Bericht für den Polizeipräsidenten bestimmt war, der ihn an Herrn v. Marschall weitergegeben hat. — Vors.: Sie wurden auf Grund dieses Berichts verhaftet? — Angekl. Lützow: Ganz recht. — Vors.: Bei dem Verhör soll Ihnen nun v. Tausch gesagt haben, zu einer gerichtlichen Vernehmung werde es nicht kommen, er werde Sie schon schützen und alles an den Grafen Eulenburg berichten. — Angekl. Lützow: Jawohl, Tausch sagte mir, ich sollte dem Untersuchungsrichter nicht sagen, daß ich Agent sei und auch nichts über die Beziehungen Tauschs zu dem Grafen Eulenburg ausplaudern. Als ich am nächsten Tage entlassen war, freute sich Herr v. Tausch sehr darüber. — Vors.: Früher haben Sie gesagt, Tausch hat gesagt, er sei doch sehr böse, denn Freiherr v. Marschall lasse nicht nach. Das ist ein Widerspruch. Ich mache Sie noch einmal darauf aufmerksam: Wenn noch eine Spur von Eingefühl in Ihnen lebt, sagen Sie nicht mehr, als Sie verantworten können. Handeln Sie dem Manne gegenüber so, wie Sie wünschen, daß Ihnen gegenüber in ähnlicher Lage gehandelt wird. — Der Angekl. Lützow giebt schließlich zu, daß er sich heute irren könne, er habe damals seine Aussage nach bestem Wissen abgegeben. Er sagt hinzu: Als ich zum zweitenmal verhaftet wurde, da war Tausch jedenfalls sehr aufgeregt und gab mir den Rat: Halten Sie ebenso dicht wie Schumann, wir werden Sie schon herausbauen. Die Sache mit Kukutsch kommt nun auch heraus. — Vors.: Was dachten Sie sich denn bei der letzten Aeußerung. — Lützow: Gar nichts, ich hatte ja ein gutes Gewissen. — Vors.: Ja gerade, da liegt doch mehr vor, als daß Sie gesagt hatten, was wollen Sie denn mit Kukutsch. — Angekl. Lützow: Nun, es war doch eine heikle Sache. — Vors.: Wenn Sie nun wirklich das gute Gewissen hatten, warum haben Sie dann nicht einfach in der Hauptverhandlung gegen Leckert die Quittungsgeschichte aufgeklärt? — Angekl. Lützow: Weil ich bis dahin dem Oberstaatsanwalt aufs krasseste abgeleugnet hatte, daß ich Agent der Polizei war. — Vors.: Sie haben aber gesagt, daß Sie dem Kukutsch die 10 M. gegeben haben. Das bewies doch Ihre Polizei-Agentenschaft. Die Verbergung dieser Thatsache konnte doch also nicht der Grund für Ihre falschen Angaben sein. — Angekl. Lützow: Zu entschuldigen ist es gewiß nicht, aber ich war in einer gräßlichen Lage und Verzweiflung. Ich bitte es nur psychologisch zu verstehen. Ich hoffte bloß auf Tausch. — Rechtsanw. Schwindt macht darauf aufmerksam, daß so Tausch schon vor der Kukutsch-Affaire seine Beziehungen zu Lützow preisgegeben hatte. — Angekl. Lützow: Die Aussage des v. Tausch war so genau gegen mich gehalten, daß ich ihn nicht kompromittieren wollte. — Vors.: Das halte ich für keine ausreichende Erklärung. Tausch hatte vorher direkt zugegeben, daß Sie Agent waren. Die betreffende Aussage wird aus dem stenographischen Berichte über den Leckert-Prozeß verlesen. Aus der Verlesung geht hervor, daß Tausch das Wort „Agent“ ängstlich vermieden hat. Tausch hat ihn als Vertrauensmann bezeichnet, der seine anvertrauten Aufträge auszuführen hatte. Der Oberstaatsanwalt erklärt, er habe auch den Eindruck, daß Tausch den v. Lützow geschont habe. Er habe deshalb nicht locker gelassen und Tausch zu weiteren Aussagen veranlaßt. So erfolgte die Verlesung der zweiten Stelle, die auch ergiebt, daß Tausch den Lützow auch hier wieder gewissermaßen geschont hat. — Vors.: Ich könnte Ihnen keinen Vorwurf machen, wenn Sie den Tausch einer strafbaren Handlung hätten zeihen müssen. So hielten Sie doch die Sache für harmlos? — Angekl. Lützow: Als ich die Quittung gab, hielt ich die Sache für harmlos, als aber Herr Gäde die Quittung im Prozeß herausholte, da merkte ich, die Sache wird faul und ich wollte Tausch schonen. — Vors.: Also das unbestimmte Gefühl, daß etwas faul ist und eine gewisse Dankbarkeit veranlaßte Sie, auf Kukutsch den Verdacht der Bestechung und des Meineids zu lenken. — Lützow: Ja leider. — Rechtsanw. Dr. Sello bittet, den Lützow zu fragen, ob er nicht zu einem andern Redakteur gesagt hat: Bei meiner Offiziersehre und der Ehre meiner Eltern versichere ich Ihnen, daß ich selbst Leckert mit Herrn v. Marschall und dem Fürsten Hohenlohe gesehen habe. Lützow hat bei dieser Gelegenheit eine große Geschäftigkeit gegen Herrn v. Marschall gezeigt und beinahe eine Stunde auf ihn geschimpft. — Angekl. Lützow: Das ist möglich. — Rechtsanw. Sello: Will Herr v. Lützow zugeben, daß er gegen denselben Journalisten, Herrn Dr. Liman, die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, der Kaiser selbst habe die falsche Redaktion der Depesche vorgenommen. — Angekl. Lützow: Das ist möglich, ich will es, wenn es ein Ehrenmann behauptet, nicht bestreiten. — Rechtsanw. Lubczynski: Als Verteidiger des Lützow will ich hier ruhig feststellen, daß Lützow vor dem Prozeß Leckert falsche Conversorie in Hülle gegeben hat, er war eben damals notorisch aufs tiefste gesunken. — Angekl.: Jawohl, aber seit dem Prozeß ist das anders geworden. — Vors.: Ich ermahne Sie nochmals, nur die Wahrheit zu sagen und den Tausch nicht ungerecht zu belasten. — Der Angekl. Lützow beteuert weinend, daß er jetzt die Wahrheit sage. Herr von Tausch sei nicht an erster Stelle an seinem Ruin schuld, er suche die Hauptschuld an seiner Verkommenheit bei sich selbst. — Oberstaatsanwalt: Vielleicht will sich der Angekl. Lützow noch einmal über die letzte vom R.-A. Sello vorgebrachte Aeußerung erklären? Diese Behauptung ist nicht nur ungeheuerlich, sie stellt auch eine ungeheuerliche Majestätsbeleidigung dar. — Angekl. v. Lützow: Ich bin immer ein loyaler Unterthan gewesen, ich glaube nicht, daß ich das gesagt habe. — Vors.: Sie brauchen sich nicht selbst belasten. — Angekl. v. Lützow: Nein, ich glaube nicht, daß Herr Dr. Liman das bekunden wird. So tief bin ich nicht gesunken, daß ich Majestätsbeleidigungen begehe. — R.-A. Sello: Er soll noch gesagt haben, der Kaiser soll diese Redaktion der Depesche veranlaßt haben, um dem Volke zu zeigen, wie es in Wahrheit mit der russischen Freundschaft beschaffen ist. — Angekl. v. Lützow: Ich glaube es nicht, daß ich das gesagt habe. Eine Erklärung aber behalte ich mir noch vor. — Vors.: Der Angekl. v. Tausch sitzt so apathisch da. Er kann vielleicht der Verhandlung nicht mehr folgen. — Angekl. v. Tausch: Ein Abbrechen der Verhandlung wäre mir erwünscht. — R.-A. Schwindt: Der Angekl. Lützow hat so viel von ungeheuerlichen Aufträgen seitens Tauschs gesprochen. Ich möchte nur sagen, wir fürchten diese Enthüllungen und Ueberraschungen nicht. Herr von Lützow mag den morgigen Feiertag benutzen und alles zu Papier bringen. — R.-A. Lubczynski: Lützow hat nur von den unehrenhaften Aufträgen gesprochen. Er wollte damit die Art der Ausführung unehrenhaft nennen, nicht den Auftraggeber Herrn v. Tausch. Herr von Lützow war nicht nur bei der Polizei, sondern auch dem Generalstab beschäftigt. Beim Generalstab mußte er den unehrenhaftesten Teil seiner Thätigkeit entfalten. Er hat aber sein Wort gegeben, nichts darüber zu sagen. Es handelte sich um Ueberwachung von Spionen 2c. — Vors.: Es ist mißlich, hier solche Dinge zu erörtern. Wir wissen ja, daß Behörden Ermittelungen anstellen müssen, die nur auf unehrenhafte Art erreicht werden können.

Der Vorsitzende vertagt hierauf die Sitzung auf Freitag früh 9 Uhr.

Deutscher Reichstag.

233. Sitzung vom 24. Mai, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die 2. Beratung der **Ergänzung zum Etat**, enthaltend die Besoldungsverbesserungen in Verbindung mit den drei **Nachtragsetats** verr. 1. Artilleriefordernngen usw., 2. die Nachforderung zur Beteiligung des Reiches an der Pariser Weltausstellung und dem Neubau des Reichstagspräsidialgebäudes, sowie 3. die Erhöhung des Remunerationsfonds im Etat des Auswärtigen Amtes. — Die Beratung beginnt mit den **Besoldungsverbesserungen**. Im Anschluß an den Vortrag des Referenten Abg. Dr. **Paasche** (natl.) über die Verhandlungen und Beschlüsse der Kommission spricht

Abg. **Rickert** (fr. Vg.) sein Bedauern darüber aus, daß nicht einmal die wesentlichsten Wünsche der Beamten in der Vorlage Berücksichtigung gefunden hätten, wie sie seit Jahren hier zum Ausdruck gekommen seien. Redner wünscht nun jedenfalls eine baldige Beseitigung oder doch Reform des Kautionswesens. In Preußen sei eine solche zugesagt. Er wünscht, daß das Reich hier hinter Preußen nicht zurückbleibe. Unser Beamtentum sei im großen ganzen durchaus solide, gegen Unterschiebe umlaufender Elemente biete aber die Kaution gar keine Sicherheit.

Reichsschatzsekretär Graf **Posadowsky** erklärt sich bereit, eine erneute Prüfung der Frage vorzunehmen und mit Preußen dieserhalb in Verbindung zu treten. Wenn möglich, werde er dann im nächsten Jahre dem Reichstage eine bezügliche Vorlage machen.

Abg. **Richter** (fr. Vp.) befürwortet die Beseitigung des Kommunalsteuer-Privilegs der Offiziere im Anschluß an die Besoldungs-Verbesserungen.

Den Kapitänlieutenants 2. Klasse soll nach der Vorlage und nach den Kommissionsbeschlüssen eine nicht pensionsfähige Zulage von 300 M. zugestanden werden.

Referent Abg. Dr. **Paasche** konstatiert, daß sich hier in die Vorlage ein Druckfehler eingeschlichen habe, daß diese Charge vielmehr 360 M. erhalten müsse.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18970529/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Reichsschatzsekretär Graf **Posadowsky** bestätigt letztere Angabe und bittet, diesen Kapitänleutenants 300 statt 300 M. zu bewilligen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Bei Klasse 26 (Zahlmeister bei den Truppen) bedauert

Abg. Graf **Roon** (kons.), daß das Höchstgehalt der Zahlmeister nicht über 3000 M. hinaus auf 3300 M. erhöht worden. Die Kommission habe sich leider gegen eine Erhöhung ablehnend verhalten, weil der Reichsschatzsekretär erklärt habe, es sei kein Geld dazu vorhanden. Er verzichte deshalb auf die Wiederholung seines Antrages.

Abg. **Werner** (Ant.) schließt sich diesen Bemerkungen an, will aber angesichts der ablehnenden Haltung des Reichsschatzsekretärs ebenfalls von einem Antrage auf Erhöhung des Maximalgehaltes absehen.

Abg. Dr. **Lieber** (Zentr.) stellt fest, daß der Reichsschatzsekretär in der Kommission lediglich die Vorlage der verbündeten Regierungen vertreten habe, in der nur eine Erhöhung von 2000 M. auf 3000 M. vorgesehen sei.

Die Position wird darauf unverändert angenommen.

Die Buchhalter (Klasse 27) bei der Zahlungsstelle des 14. Armeekorps (1800 bis 2900 M.) beantragt

Abg. **Bassermann** (natl.) mit den Geheimsekretären bei der General-Militärkasse (1800 bis 3300 M.) gleichzustellen.

Geheimrat **Neumann** tritt diesem Antrage entgegen, da sonst auch eine ganze Reihe anderer Kategorien von Beamten eine Gleichstellung mit diesen Beamten fordern könnten.

Abg. Dr. **Lieber** erklärt, er könne nicht für den Antrag Bassermann stimmen.

Unter Ablehnung des Antrages Bassermann wird die Position darauf unverändert bewilligt.

Als Klasse 28a hat die Kommission eine neue Position aufgenommen, in welcher Beamte der Post- und Telegraphen-Verwaltung Platz gefunden haben, deren Maximalgehalt von 2700 bis 3000 M. erhöht worden ist.

Abg. **Werner** bedauert, daß nicht auch die Beamten der Reichsdruckerei hier ebenfalls Aufnahme gefunden haben.

Abg. Dr. **Lieber** erklärt, daß seine Freunde der Vorlage nur unter der Bedingung zugestimmt haben und im Plenum zustimmen werden, daß die von der Kommission neu eingefügten Beamtenklassen vom Hause und den verbündeten Regierungen angenommen würden. Er wünsche deshalb, daß sich die verbündeten Regierungen bis zur dritten Lesung darüber schlüssig machen.

Reichsschatzsekretär Graf **Posadowsky** erwidert, die Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Reichstag wohl das Recht habe, Aenderungen an den in die Vorlage eingestellten Gehaltssätzen vorzunehmen, dagegen nicht neue Klassen einzufügen. Dazu gehöre eine Verständigung beider gesetzgebender Faktoren. Er hoffe indessen, daß die Einfügungen der Kommission vom Bundesrat nachträglich sanktioniert werden würden. Für die einzelnen Klassen von Postassistenten würde man aber jedenfalls eine Uebergangsfrist einfügen müssen.

Abg. **Werner** erklärt, auch seine Freunde würden gegen die ganze Vorlage stimmen, wenn Klasse 28a nicht Annahme finde. Setze man die Verbesserung für die Postassistenten jetzt nicht durch, so würde man sie wohl nie erreichen.

Abg. Dr. **Lieber** erklärt, für jetzt könnten seine Freunde mit den Erklärungen des Staatssekretärs zufrieden sein. Er hoffe, daß zur dritten Lesung eine endgültige Zusage werde gegeben werden. Seine Freunde hatten jedenfalls zwingende Gründe, auf die er heute nicht eingehen wolle, aus denen sie aber die Erhöhung dieser Gehälter dringend wünschen müßten.

Abg. **Rickert** (freis. Vgg.) ist auch im wesentlichen von den Erklärungen des Staatssekretärs beruhigt und hofft, der Bundesrat werde nun die Streitaxt endgültig begraben und in der dritten Lesung die Erklärung abgeben, daß er der Forderung zustimme.

Klasse 28a wird darauf einstimmig angenommen.

Für den Rendanten beim Reichsinvalidenfonds, der jetzt ein Gehalt von 5400 bis 6000 M. bezieht, war in der Vorlage eine Erhöhung des Maximalgehalts um 600 M. enthalten. Die Kommission hat diese Erhöhung gestrichen.

Reichsschatzsekretär **Posadowsky** bittet, hier die Vorlage wiederherzustellen, da durch den Kommissionsbeschluß dieser Rendant schlechter gestellt würde, als die Rendanten anderer Verwaltungen. Darin würde aber eine große Unbilligkeit liegen, zumal diese Stellung gerade eine besondere Verantwortlichkeit erfordere.

Die Abgg. **Rickert**, Dr. **Hammacher** und Dr. **Lieber** erklären, sie sähen keinen Grund, hier von dem wohlerwogenen Standpunkt der Kommission abzugehen.

Der Kommissionsbeschluß wird darauf angenommen.

Für die Intendantur-Bauräte und Postbauräte (4200—6000 M.) sah die Vorlage eine Erhöhung des Maximalgehalts auf 7200 M. vor. Die Kommission hat diesen Satz auf 6600 M. ermäßigt.

Reichsschatzsekretär Graf **Posadowsky** bittet auch hier um Wiederherstellung der Vorlage. Gelange der Kommissionsbeschluß zur Annahme, so würden die Bauräte der Intendantur und Post schlechter gestellt sein, als die gleichen Kategorien in Preußen. Es würde dann vielleicht schwer sollen, die erforderliche Zahl tüchtiger Beamter für diese Ressorts zu bekommen.

Unterstaatssekretär Dr. **Fischer** schließt sich dieser Befürwortung als zeitweiliger Vertreter des Reichspostamts für die Beamten dieses Ressorts durchaus an.

Der Kommissionsbeschluß wird darauf angenommen.

Die Divisionspfarrer beziehen jetzt 2100 bis 3600 M. Sie sollen nach der Vorlage 2400 bis 4200 M. erhalten. Die Kommission hat das Maximalgehalt auf 3900 M. ermäßigt.

Die Abgg. Graf **Roon** (konserv.), Dr. **Hammacher** (natl.), Graf **Bernstorff** (Reichsp.) und **Werner** (Reformp.) beantragen hier die Wiederherstellung der Vorlage.

Kriegsminister v. **Goßler** befürwortet diesen Antrag auf das dringendste mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Aemter für die Armeeverwaltung und auf das Alter, in welchem die Pfarrer erst in dieselben einrücken.

Abg. Dr. **Lieber** ist mit der Wiederherstellung der Vorlage einverstanden.

Unter Ablehnung des Kommissionsantrages wird darauf die Regierungsvorlage wieder hergestellt.

Abg. **Singer** (Soz.): Ich bedauere sehr, daß es mir nicht gelungen ist, die Kommission zu veranlassen, die Wünsche, die in unserer Resolution ausgedrückt sind, im Besoldungsetat zu verwirklichen. Ich habe auch keine Hoffnung, daß der Reichstag seinerseits geneigt sein möchte, die Kommissionsbeschlüsse abzuändern. Um so dringender bitte ich Sie aber, durch Zustimmung zu unserer Resolution wenigstens für die künftigen Etats den Wunsch auszusprechen, eine bescheidene Aufbesserung der Postunterbeamten herbeizuführen. Wir wollen zunächst den jetzt bestehenden Unterschied zwischen den vor dem 1. April 1895 und den nachher eingetretenen Beamten beseitigen und für sämtliche Beamte dieser Klasse die Besoldung auf 900 bis 1500, in 18 Jahren zu erreichen, festsetzen. Es liegt auf der Hand, daß die ungleiche Behandlung zu schweren Bedenken Anlaß giebt. Die Zufriedenheit der später eingetretenen Beamten wird von vornherein gemindert, wenn sie sich in der Lage wissen, ein geringeres Gehalt zu bekommen, als ihre in derselben Stellung mit genau den gleichen Diensten beschäftigten Kollegen. Es handelt sich dabei um zahlreiche Hilfsbeamte, die jahrelang auf eine feste Anstellung gewartet haben, und nun, wo sie dieselbe endlich erreichen, gewissermaßen zur Strafe dafür, daß man sie nicht schon vor 1895 angestellt hat, ein geringeres Gehalt bekommen sollen. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß der Reichstag hier bereit sein wird, gleiches Recht zu schaffen. Der zweite Teil dieser Resolution giebt dem Wunsche Ausdruck, das Höchstgehalt der Landbriefträger von 900 auf 1000 M. heraufzusetzen. Dieser Antrag hat Sie schon mehrfach beschäftigt. Sie haben eben den Wunsch ausgesprochen, das Gehalt der Staatssekretäre um 6000 M. zu erhöhen. Demgegenüber sollte es, meine ich, schwer fallen, den Landbriefträgern eine Erhöhung ihres Höchstgehalts um 100 M. zu versagen. Man hat eingewendet, der Posten der Landbriefträger sei kein abschließender, sondern vielfach ein Durchgangsposten zur Stellung eines Postschaffners, wo diese Beamten also Gelegenheit hätten, ein höheres Gehalt zu erreichen, und die Postverwaltung hat erklärt, daß ihr ein solches Aufrücken der Landbriefträger erwünscht sei. Trotzdem bleiben immer noch 14 Proz. dieser Beamten übrig, die in das Höchstgehalt eintreten, und das ist die ansehnliche Zahl von 2400 Landbriefträgern, die in dem anstrengendsten Dienst alt werden, den man sich denken kann. Die Gegner meines Vorschlages haben allerdings den Posten eines Landbriefträgers als den allerbeneidenswertesten erklärt (Heiterkeit); sie führen an, wie diese Leute in ganz erträglichen Verhältnissen leben, ihr kleines Häuschen, ihr Stückchen Feld besitzen, von den Bauern schöne Geschenke kriegen usw. Danach wäre die Existenz des Landbriefträgers wirklich das allerersterbenswerteste Idyll. (Heiterkeit.) In Wahrheit liegen die Dinge nicht ganz so herrlich, und vor allem die Landbriefträger in den Industriebezirken genießen keinen der Vorteile, welche die anderen hier und da haben mögen. Ich glaube nicht, daß man sich mit sachlichen Gründen der Forderung widersetzen kann, daß ein Mann, der 18 Jahre lang treu gedient hat, ganze 1000 M. erhalte. Sie sehen, wie wenig Wert wir darauf legen, die Unzufriedenheit der Postbeamten zu vermehren (Heiterkeit), daß wir vielmehr zu ihrer Zufriedenheit beitragen wollen, indem wir Sie dringend bitten, unserem Antrage zuzustimmen. Unsere Selbstlosigkeit (Große Heiterkeit) wird die anderen Parteien des Hauses hoffentlich zu dieser Zustimmung veranlassen, die ihnen bei den nächsten Wahlen leicht ein paar hundert Stimmen der Postunterbeamten einbringen kann. (Heiterkeit und Bravo!)

Im übrigen wird die Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Die Kommission beantragt außerdem drei Resolutionen: 1. auf Erhöhung der Besoldungen der Staatssekretäre des Reichsmarine-, des Reichsjustiz-, des Reichsschatz- und des Reichspostamts auf je 30 000 M.; — 2. auf Bewilligung von Pferdegeldern an die Regimentskommandeure und die ihnen gleichgestellten Offiziere; — 3. auf Neuregelung des Renumerationswesens.

Zunächst wird die erste Resolution behandelt.

Abg. **Bebel** (Soz.) erklärt sich gegen dieselbe und verweist darauf, daß der Reichsschatzsekretär selbst für sich und den Staatssekretär des Reichsjustizamts eine solche Erhöhung für unnötig erklärt habe.

Die erste Resolution wird darauf angenommen. Ebenso die zweite Resolution, nachdem

Reichsschatzsekretär Graf **Posadowsky** erklärt, daß die verlangten Pferdegelder in den nächsten Etat eingestellt werden sollen.

Die dritte Resolution gelangt ebenfalls zur Annahme.

Außerdem beantragt

Abg. **Singer** (Soz.) eine Resolution dahin, daß im nächsten Etat für die Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung eine Besoldung von 900 bis 1500 M., für die Landbriefträger eine solche von 700 bis 1000 M. festgesetzt werde.

Reichsschatzsekretär Graf **Posadowsky** widerspricht diesem Antrage unter Hinweis auf frühere Gehaltsaufbesserungen für diese Beamten, die im Vergleich zu anderen Beamten nicht schlechter gestellt seien, aber einen weniger anstrengenden Dienst hatten als beispielsweise die im gleichen Gehalt stehenden Eisenbahnschaffner.

Unterstaatssekretär Dr. **Fischer** bemerkt, daß durch eine solche Gehaltserhöhung Ungleichheiten im Verhältnis zu anderen Beamtenkategorien geschaffen werden würden, die im Interesse des Dienstes vermieden werden müßten. Die Resolution würde außerdem einen Aufwand von $1\frac{1}{4}$ bis $1\frac{1}{2}$ Mill. Mark notwendig machen.

Abg. Dr. **Lieber** würde der Resolution gern zustimmen, kann der in ihr angestrebten Gehaltsaufbesserung aber ein so großes finanzielles Gewicht nicht beilegen, wie Abg. Singer. Anderseits sei aber kein Grund, allein den Argumenten der beiden Staatssekretäre zu folgen. Es handle sich ja nur um eine Resolution. Dabei werde ihm mitgeteilt, daß die Postboten in Bayern schon heute ein höheres Gehalt haben, als die Resolution Singer für unsere Landbriefträger fordere. Was Bayern tue, werde aber auch das Reich wohl thun können. Seine Freunde trügen daher keine Bedenken, der Resolution Singer beizutreten.

Abg. **Singer** erwidert dem Unterstaatssekretär Dr. Fischer, das Reich dürfe sich nicht zu engherzig nach dem Muster Preußens richten. Es müsse mit den Gehaltserhöhungen vorangehen, dann würden die Finanzminister der Einzelstaaten folgen müssen.

Abg. Dr. **Hasse** (natl.) erklärt, daß seine Freunde im Verfolg aller ihrer Bestrebungen es für ganz selbstverständlich hielten, für die Resolution Singer zu stimmen.

Abgg. **Werner**, **Beckh** und **Benoit** treten ebenfalls für die Resolution ein.

Die Resolution Singer wird darauf mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Darauf wendet sich das Haus zu den Nachtragsetats, die von der Kommission zu einem vereinigt worden sind.

Bei den Artilleriefordernissen ($44\frac{2}{3}$ Millionen) bemerkt

Abg. **Richter** (freis. Vp.), seine Freunde, die beim Marineetat eine Reihe von Forderungen gestrichen hätten und darum noch heute in allen Kreisblättern geschollen würden, sie — die vaterlandslosen Gesellen — stimmten doch dieser dreimal höheren Forderung zu, ja, so vaterlandslos sie auch seien, sie würden sich auch den Konsequenzen im Interesse der Wehrkraft des Landes nicht entziehen, denn sie wüßten, was sie eventuell hier am Eisen sparen könnten, würden sie später mit Blut heimzahlen müssen. (Beifall.)

Die Forderung wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die Forderung für das Präsidialgebäude des Reichstags wird bewilligt, nachdem

Abg. v. **Staudy** (kons.) namens eines Teils seiner Freunde erklärt, daß sie keineswegs mit diesem Bau einverstanden seien.

Dazu gelangt eine Resolution des Abg. Schmidt-Elberfeld (freis. Volksp.) zur Annahme auf Erwerb des ganzen noch freiliegenden Grundstücks gegenüber dem Reichstagsgebäude in der Sommerstraße, und auf gleichzeitige Errichtung einer elektrischen Beleuchtungsanstalt.

Im übrigen werden die Nachtragsetats debattelos und — den Kommissionsanträgen entsprechend — unverändert bewilligt. Die genaue Finanzierung derselben wird jedoch bis zur dritten Lesung vorbehalten.

Es folgen Kommissionsberichte über Petitionen.

Eine Petition auf gesetzliche Regelung des Kellnerinnenwesens wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber eine Petition, betitelt die Lippesche Thronfolgerfrage, geht das Haus zur Tagesordnung über.

Eine Petition auf Bestrafung des Bauschwindels wird dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Eine Reihe weiterer Petitionen betreffen rein lokale Interessen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag den 22. Juni. (Dritte Beratung der Handwerkervorlage.)

Versammlungen.

Die Metallschläger und Auslegerinnen hielten am 22. Mai eine öffentliche Versammlung in Seifts Gasthaus ab. Die Tagesordnung lautete 1. Vortrag über Bergbauwesen. 2. Gewerkschaftliches. Im Punkt 1 sprach Genosse Sindermann. Er schilderte die Gewinnung der Bergwerksprodukte und die Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Im Gewerkschaftlichen verwahrte sich das ehemalige Streikkomitee gegen die ungerechten Verdächtigungen einiger Kollegen. Darauf entspann sich eine rege Diskussion zwischen Genossen Sindermann und einem Verbandskollegen über den Wert einer Arbeitslosen-Unterstützung. Der vorgerückten Zeit halber konnte die Auseinandersetzung nicht zu Ende geführt werden. Es wurde beschlossen, dies Thema auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Der Vorsitzende fordert zum pünktlichen und zahlreichen Besuch der nächsten Versammlung auf, womit die Versammlung schloß.

Stukkateur-Versammlung. Sonnabend den 22. Mai fand eine öffentliche Stukkateur-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Bericht der Lohnkommission und Gewerkschaftliches. Nach Bekanntgabe des bereits Sonntag veröffentlichten Berichts entspinnt sich eine längere Debatte über die weitere Unterstützung der durch den Streik außer Arbeit gekommenen und noch nicht wieder untergebrachten Kollegen; es sind das bis jetzt noch 12 Mann. Ein Antrag, welcher besagt: wer eine von der Lohnkommission zugewiesene Arbeit ablehnt, erhält keine Unterstützung mehr, wird gegen 2 Stimmen angenommen. Um die noch vorhandenen Kosten des Streiks zu decken und für spätere Fälle nicht mittellos da zu stehen, wenn es gilt, auch andere Gewerkschaften, welche sich jetzt mit uns solidarisch erklärten, zu unterstützen, wird beschlossen, bis 12 Juni 5 Proz. vom verdienten Lohne abzugeben. Vom 12. Juni ab haben die Bauarbeiter 50 Pf., die Werkstattarbeiter 30 Pf. wöchentlich zu zahlen; dieselben werden durch Marken quittiert. Unter „Gewerkschaftliches" wird von zwei bei der Firma Schulze, Bismarckstraße, beschäftigten Kollegen mitgeteilt, daß Herr Schulze ihnen den von uns verworfenen Meistertarif zur Unterschrift vorgelegt hat mit der Bemerkung, dies sei der von den Meistern und Gehilfen vereinbarte Tarif. Dieses Gebahren rief allgemeine Entrüstung hervor. Die Lohnkommission wurde beauftragt, den Fall näher zu untersuchen; einen weiteren Beschluß behält sich die Versammlung bis dahin vor. Nachdem beschlossen ist, 4 Mark als Beitrag zur Deckung der Kosten der Mißstandskommission zu zahlen, und ein Antrag, als 1. Punkt der Tagesordnung für die Mittwoch den 2. Juni, abends halb 8 Uhr, stattfindende Versammlung „Wahl von Werkstattdelegierten" zu setzen, angenommen, wird die Versammlung geschlossen.

Ein Diskussionsabend des Naußlitzer Arbeitervereins beschäftigte sich am 22. Mai mit den Verhandlungen der Landeskonferenz zu Chemnitz. Genosse Haupt erstattete hierzu Bericht. In der sich anschließenden Debatte wurden von Gen. Zobel einige wichtige Paragraphen des neuen, verschlechterten Landtagswahlgesetzes erläutert. Auch wurde von einem Redner aufgefordert, schon jetzt kräftigst in die Agitation einzutreten. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß schon die nächste öffentliche Versammlung sich mit dem neuen Wahlgesetz beschäftigen wird. In der nun folgenden Fragezettelbesprechung erlebten wir auch wieder eine der bekannten Wortentziehungen. Es hatte jemand die Frage gestellt: Was heißt Dolus eventualis? Genosse Haupt wollte den Fragezettel beantworten. Er führte aus, daß dies Ding jetzt eine bedeutende Rolle in den Gerichtssälen spiele. Sogar unser alter, bewährter Genosse Liebknecht sei ihm zum Opfer gefallen, aber der Fragesteller habe diese Frage wohl hauptsächlich deswegen gestellt, weil vorige Woche im Reichstage unser Genosse Bebel — — Hier erteilte Genossen Haupt die Wortentziehung durch Herrn Restmann. — Da die Versammlungsbesucher nach gerade an Wortentziehungen gewöhnt sind, so ging man ohne große Aufregung zu einer anderen Frage über. Zuletzt berichteten unsere Gemeinderatsmitglieder über die neuesten Vorkommnisse im Gemeinderat. Damit schloß die Versammlung. Ehe sich Herr Restmann entfernte, notierte er den vollständigen Namen, Beruf und Wohnung des Genossen Haupt.

Vermischtes.

Zur Kennzeichnung der Patriotenlyrik liefert die „Hessische Landeszig." mit einem merkwürdigen Dokumentenfund einen interessanten Beitrag. Es war in der Franzosenzeit. Kurhessen verehrte „in treuer Treue" das frisch angestammte Fürstenhaus des Königs Lustik, des Bruders Napoleons I., und als seine Gemahlin in die Residenzstadt des Landes einzog, überreichten ihr die weißgekleideten Jungfrauen aus der „ehrsamen Bürgerschaft" ein Gedicht: „Frohe Empfindungen bei der beglückenden Ankunft Ihrer Königlichen Majestät Friderica Catharina Sophia Dorothea, Regierenden Königin von Westphalen, Geborenen Königlichen Prinzessin von Württemberg, in tiefster Unterthänigkeit gewidmet von einigen Bürgerstöchtern Marburgs, Marburg." Jenes Herrlichkeit sank. Kurhessen ward seines früheren Regentenhauses wieder teilhaftig. Man gewöhnte sich, von den Zeiten der „tiefsten Schmach" zu sprechen und spielte die „Charakterstreue" gegen die „wälsche Tücke" aus. Jene Weißgekleideten wurden Mütter und Großmütter und huldigten in „treuem Sinn" ein volles Jahrhundert und mehr dem Kurfürsten. Eines Tages aber — die Enkelinnen waren gerade in das Alter der Ehrenjungfrauen gekommen — war wieder ein neues Fürstenhaus angestammt, und am 15. August 1867 zog König Wilhelm von Preußen in Marburg ein. Wieder bewährte sich der „treue Sinn" der Weißgekleideten, und die „Schönste" überreichte auf weißem Atlas dem Monarchen ein Gedicht: „Seiner Majestät unserem Allergnädigsten König am 15. August 1867 von Marburgs Jungfrauen in allerniedrigster Ehrfurcht überreicht." In Wirklichkeit aber war das Gedicht an König Wilhelm einfach jene Huldigung für Jeromes Gattin ins Männliche übersetzt.

Briefkasten.

B. W. 51. 1. Wenden Sie sich an den Hausmann im alten Polytechnikum, Antonsplatz, dort erfahren Sie alles Nähere über den Kursus. 2. Von Gothik ist an der Kreuzkirche keine Spur. Gothisch ist dagegen z. B. die Kreuzschule und die Sophienkirche.

Tabakarbeiter M. K. Diese gelegentliche Bemerkung wird außer Ihnen sicher niemand als so schweren Vorwurf aufgefaßt haben, daß dazu nochmals eine „Berichtigung" notwendig würde. Wir vermögen wirklich nicht einzusehen, was mit dem Abdruck Ihrer Zuschrift erreicht wäre.

Dresdner Standesamts-Nachrichten.

Standesamt I.

vom 21. bis mit 24. Mai 1897.

Geburten:

K. Linner, Musikers T. — A. K. Dr. med. Pustnelli, Arzts T. — H. L. Arnold, Beamtens T. — G. O. Merbach, Oekonomiekommissars T. — J. G. Schober, Klammermanns S. — R. E. Keppler, Schuhmachers S. — E. G. Pietsch, Blumen- und Pflanzenhändlers S. — F. R. Luderer, Gerichtsdieners S. — R. P. Berger, Steinmetzens S. — F. E. Roch, Fuhrwerksbesitzers S. — K. J. Sperling, Postschaffners S. — K. E. Küttner, Geschäftsreisenden T. — H. A. J. Dr. phil. Stürenburg, Professors und Rektors T. — A. Hülm, Schankwirts T. — R. H. Keßler, Kochs S. — F. A. Nerlich, Kaufmanns S. — J. F. E. Glöckner, Zimmerers S. — W. H. Kirchner, Straßenbahnschaffners S. — E. E. Hoffmann, Buchbinders T. — J. J. A. Finger, Töpfers S. — R. M. Siegert, Käsehändlers T. — J. H. Knobloch, Marktbesitzers T. — F. P. König, Berkäufers T. — C. Bauer, Kleiderhändlers S. — A. F. H. Mdz. Glasers S. — P. L. A. Hille, Malers T. — P. A. Dr. jur. Höckner, Amtsrichters T. — J. J. H. Strohbach, Laternenwärters S. — B. H. L. A. Jahn, Schuhmachers S. — E. M. Fröhlich, Maurers T. — L. M. Becker, Schlossers S. — P. A. Gähde, Steindruckers T. — J. Trebar, Billardkunstlers S. — R. A. Böhmer, Buchhalters T. — G. P. Richter, Tischlers T. — J. R. M. Artt, Marktbelfers T. — H. C. Focke, Zinngießers S. — J. J. Kühn, Maurers S. — E. A. Wilke, Kaufmanns S. — C. H. C. Könnecke, Wagenführers T. — M. O. Becker, Bautechnikers S. — E. H. Mäser, Tischlers S. — H. M. Dietrich, Kolonialwarenhändlers T. — F. E. Müller, Hutformenschlossermeisters T. — Hierüber 1 außerehelliches Kind.

Aufgebote:

P. A. Bischoff, Klempner, mit K. Bienert. — G. M. Schaarschmidt, Kaufmann, mit E. A. Fischer. — E. O. Muschter, Bauarbeiter, mit W. Steckstat. — E. C. F. Maßmann, Steinmetz, mit S. M. verw. Dietze geb. Ludwig. — A. Fluder, Bauarbeiter, mit A. E. Jergiebel. — A. Schenk, Schneidemühlenarbeiter in Laubegast, mit C. E. Naumann in Dresden. — J. P. Täubel, Dekorationsmaler, mit J. M. Haubner. — E. B. Grübler, Bergarbeiter in Wurgwitz, mit A. E. B. Richter in Dresden. — G. T. Schmidt, Maschinist, mit A. L. Jobelt. — F. Heinze, Schneider, mit A. E. Hevne. — G. A. Merkel, Steinmetz, mit E. E. Löschner. — A. P. H. R. Martin, Hilfsarbeiter, mit L. C. Bergel. — F. Musial, Schlosser, mit M. K. verw. Görlipp geb. Höfer. — J. E. Peißker, Steinmetz, mit M. E. Metz.

Eheschließungen:

F. J. Kern, Maler, mit J. S. Rudolph. — O. W. A. Schelzig, Möbelpolierer, mit M. M. Kumsch. — H. R. Schlagzbau, Riemermeister, mit E. E. Philipp. — E. P. Richter, Postbilfsbote, mit M. E. Richter. — L. W. A. v. Sydow, Hauptmann in Berlin, mit F. L. v. Löbenstein in Lohsa. — F. W. E. Wahlhaus, Lieutenant in Wesel, mit H. E. J. Rothermundt in Grima. — C. P. Frohberg, Fabrikverwalter in Böhrigen, mit H. M. A. Staub in Dresden. — J. Kochann, Kellermeister in Nürnberg, mit M. J. Porzig in Dresden. — R. O. Damowsky, Bürgermeister in Bärenstein, mit J. E. E. Fritzsche in Dresden. — W. Bürger, Architekt in Chemnitz, mit H. A. H. Becker in Dresden. — G. E. Lotz, Maler, mit J. M. Oswald. — G. A. Franz, Bäcker, mit E. F. P. Schweitzer. — E. R. J. Herrmann, Buchhalter, mit J. H. Kranz. — J. F. Börner, Kistenbauer, mit E. W. gesch. Hänchen geb. Schröder. — J. Manjuer, Schneider, mit J. J. Menzel. — R. A. Schmidt, Steinmetz, mit M. T. verw. Fröhlich geb. Böhmer. — G. H. Richter, Fleischer, mit A. M. Böhme. — E. Oppelt, Schuhmacher, mit A. E. Just. — J. B. Fleischmann, Wagenführer in Neugruna, mit E. J. Müller in Dresden. — F. A. Marczischsky, Expedient in Dresden, mit P. A. M. Reiß in Gassen. — H. J. M. Franzschel, Konditor in Dresden, mit M. M. Entricht in Hohenleipisch.

Todesfälle:

A. Tronzel, Schneider, 25 J. — F. W. Löwe, Kutschers T., 1 M. — F. R. Luderer, Gerichtsdieners S., 7 St. — J. F. Wunderatzki, priv. Kaufmann, 74 J. — E. O. Schenk, Steinmetzmeister, 50 J. — W. E. Wolf, pens. Maschinenfektorin, 77 J. — F. B. Richter, Schuhmachers S., 1 J. — E. E. L. Paul geb. Bienert, Klammermanns Wwe., 55 J. — P. R. M. Hauke, Verlagsbuchhändlers S., 1 M. — F. H. Elbert, Maurers Zwill.-S. (totgeb.) — G. H. Helfenbein, Geschäftsreisenden T., 1 J. — G. A. Engelhardt, Privatmann, 58 J. — R. H. G. Kühn, Tischlers S. (totgeb.). — F. A. Krumbiegel, Straßenbahnschaffners T. (totgeb.). — L. F. Wünschmann, Private, 75 J. — G. A. Standfuß, Chaisenträgers S. (totgeb.). — R. H. Schewitzer, Telegraphenwärters S., 2 J. — F. F. Linzer, Schneiders S., 5 J. — H. R. J. A. Franke, Kaufmann, 75 J. — R. O. Tischer, Marktbelfers S., 1 J. Hierüber ein außerehelliches Kind.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18970529/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Nr. 10
Wettinerstr. Nr. 10
Parterre u. 1. Etage.

Unerreicht billig, chic und schön

sind

L. Grossmanns

Herren-Anzüge in Sacco-, Jackett-, Rock- und Gehrock-Façon
à 10, 12, 14, 15, 16, 18, 20, 22, 24, 25, 27, 28, 30, 32, 33, 35, 36, 38, 40, 42, 44, 45 und 48 Mark

Herren-Paletots, Pelerinen-Mäntel und Havelocks
à 8, 10, 12, 15, 17, 18, 20, 21, 22, 24, 25, 26, 28, 30, 32, 33 bis 36 Mark

Herren-Saccos von **5** Mark an

Herren-Hosen in verschiedenen Stoffen, wunderschöne Dessins
à 2,50, 3, 3,50, 4, 4,50, 5, 5,50, 6, 6,50, 7, 7,50, 8, 8,50, 9, 9,50, 10, 10,50, 11, 12, 13, 14, 15 Mark

Radfahrer-Anzüge und -Hosen sehr billig

Loden-Joppen, Lüstre-, Leinen- etc. Saccos in grosser Auswahl von **1.25** Mark an

Reizende Neuheiten in Kinder-Anzügen für jedes Alter
à 2, 2,50, 3, 3,25, 3,50, 4, 4,50, 5, 5,50, 6, 6,50, 7, 7,50, 8, 8,50, 9, 9,50, 10 bis 20 Mark.

Anfertigung nach Maß unter besonderer Leitung eines tüchtigen Fachmannes.

Sächsische Garderobenfabrik **L. Grossmann** Sächsische Garderobenfabrik

No. **10** Wettinerstrasse No. **10**, Parterre und I. Etage.

Nr. 10
Wettinerstr. Nr. 10
Parterre u. 1. Etage.

Nr. 10
Wettinerstr. Nr. 10
Parterre u. 1. Etage.

Wasche mit Grosser's Waschstein
Gesetzlich geschützt!

das beste, im Gebrauch billigste, bequemste Waschmittel für Wäsche ꝛc.
Waschen wird zum Vergnügen.
Erfolg überraschend.
Alleiniger Fabrikant E. R. Grosser, Dresden

Ueberall zu haben!
Preis pro Stück 10 Pf.

Knaben-Stoff-Anzüge

2.50, 3, 3.50, 4, 4.50, 5, 5.50, 6, 6.50, 7, 7.50, 8, 10 bis 20 Mark

Löbtau Wilsdrufferstr. Löbtau

R. J. Rüssel

Anfertigung nach Mass elegant und prompt.

Max Richter, Pieschen

Nr. 4 Leipzigerstraße Nr. 4
empfiehlt sein großes Lager
fertiger Herren- u. Knabengarderoben
sowie sämtlicher
Arbeiter-Garderoben
zu sehr billigen Preisen.
Sonntags von 11 bis 4 Uhr geöffnet.

Eure Kleider kauft nur bei

A. Plowitz

8 Ziegelstraße 8
und
Striesen, Tittmannstraße 13b.

Pieschen

8 Concordien-Str. 8
im **Bazar von Tr. Zscheische**
kauft man gut gearbeitete
Herren- und Knaben-Garderobe
sowie **Schuhwaren** und alle anderen **Arbeiter-Artikel** zu den billigsten Preisen.
Bei jedem Einkauf 5% Rabatt.

Ausverkauf

von Herren- und Knaben-Anzügen, Paletots, Hosen usw.
zu jedem nur annehmbaren Preise
wegen Geschäfts-Verlegung.

28 Annenstr. 28, Hahns Garderobegeschäft.

NB. Vom 8. Juni cr. ab befindet sich das Geschäft nur **Ecke der Annen- und Flemmingstraße Nr. 1.**

Die billigsten Preise
in
Herren-Anzügen zu 4.50, 7, 10, 12, 14, 18, 20, 22, 25, 30 bis 40 Mk.
Burschen- und Knaben-Anzügen zu 2, 2.50, 3, 3.50, 4, 4.50, 5, 6, 7, 8, 10 bis 25 Mk.
Herren-Jacketts zu 1.50, 1.75, 2, 2.50, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10 bis 22 Mk.
Herren-Stoff-Hosen zu 3, 3.50, 4, 4.50, 5, 6, 7, 8, 10 bis 12 Mk.
Sommer-Paletots, Trikot-Anzügen, Leibchen- und Knie-Hosen, Arbeitssachen in Zeug, halbenglischem Leder, Maschinenarbeiter-Anzügen
Turner-Hosen in Trikot, weißem Satin, halbengl. Leder, Drell ꝛc.
Wäsche, Hüte, Mützen, Schirme usw.
empfiehlt in bekannt größter Auswahl
B. Walther, Potschappel, Tharandter Strasse 22.
Sonntags geöffnet von 11 bis 2 und 3 bis 5 Uhr.

Bitte! Lesen Sie!

700

Herren-Anzüge
(thatsächlicher Lagerbestand am 20. Mai)
von **22½** bis **60** Mk.
werden bis **Pfingsten** bei einer Anzahlung von **5 Mk.** an abgegeben. **Nur** bei

Carl Klingler
Dresden
17 Wilsdrufferstr. 17
(1. Etage).

Cigarrenfabrik u. Lager

sowie **Rohtabak** in allen hochfeinen Qualitäten und Preislagen von

en gros **Gustav Leber** en détail

2b Bischofsplatz 2b, Dresden-Neustadt

empfiehlt sein reich assortiertes Lager in **Cigarren (Spezialität: „Mexiko" 6 Pf.), Cigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabaken,** sowie **Tabakspfeifen, Cigarrenspitzen** usw.
zur gefälligen Beachtung.
Für Wiederverkäufer die günstigste Bezugsquelle.
Fabrik: Hechtstrasse 58, I.

Arm und Reich

alles gleich!

Jeder raucht sie mit Behagen, und spart Geld für seinen Magen.
Spezialitäten:
Cigarren Nr. 42, 44 und 46, à Stück **4** Pfennig, von 25 Stück an Fabrikpreise.
Ferner empfehle meine beliebte Nr. 51, à 5 Pfg., sowie Nr. 53, 55 und 57.
Plantagen-, Holländer, Schweizer und Oesterreicher Cigarren.
Cigaretten
Tabake in Paketen und ausgewogen.
Schnupftabake, Kautabake etc.
Cigarrenspitzen, Pfeifen
Spazierstöcke etc.
Größte Auswahl. — Billigste Preise.

Cigarren-Haus
Gustav Böhme
Potschappel, am Markt 3.

Richard Flach & Co.

empfehlen grosse vollkommene 132/9

Ueberzüge	von 235 Pfg. an.	**Gardinen,** prächtige Muster.	
Bettücher	„ 150 „ „	25, 30, 35, 40, 45, 50 Pf. etc.	
Strohsäcke	„ 110 „ „	**Hemdentuche** 30, 33, 40 Pf. etc.	

Erstlings-Wäsche, preiswert und bestens gearbeitet, sowie alle zur Anfertigung nötigen Stoffe in allen Qualitäten.

Annenstrasse 11. **Altstädter Rathaus.**
Stadthaus-Eckladen. **Schoffelstrasse.**

H. Herzog

Pieschen
1. Geschäft: Oststraße 12
2. Geschäft: Ecke Hafen- und Concordienstraße

empfiehlt seinen **Barbier- und Frisier-Salon** geneigter Beachtung. **Schnelle und flotte Bedienung.**

Wer gute
getrag. u. neue Herrenkleidr. Fracks, Stiefel, Uhren billig kaufen will, bemühe sich **Landhausstr. 10, 1.**

Fahrrad-Reparaturen
werden sauber und billig ausgeführt bei **Nünchert & Knietzsch** Nr. 33 Kleine Plauenschegasse Nr. 33.

Zum goldnen Stern.

10000 Paar Schuhe und Stiefel, schwarz u. farbig, v. 3 Mk. an.
Sternplatz 3, Ecke Annenstraße und Jagdweg 25, „Jagdhof".
Wonsowsky.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18970529/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wilsdrufferstr. 17, 1. Etg.

Arbeiter! Handwerker!

Durch die bequeme Einrichtung der Ratenzahlung im Waren-Kredit-Geschäft **Carl Klingler, Wilsdrufferstraße 17, 1. Etage,** kann nunmehr auch der minder bemittelte Mann seinen Bedarf in moderner **Frühjahrs-Garderobe** für das **Pfingstfest** decken und erhält

jedermann Kredit!!

Kredit Kredit Kredit

Komplette Herren-Jackett-Anzüge 22,50 Mark.
Anzahlung 6 Mark. — Abzahlung Woche 1 Mark.

Elegante Herren-Sommer-Anzüge 30 Mark.
Anzahlung 9 Mark. — Abzahlung Woche 1 Mark.

Hochelegante Cheviot-Anzüge 39 Mark.
Anzahlung 10 Mark. — Abzahlung Woche 2 Mark.

Kammgarn-Jackett-Anzüge 44 Mark.
Anzahlung 12 Mark. — Abzahlung Woche 2 Mark.

Kammgarn-Rock-Anzüge 48 Mark.
Anzahlung 14 Mark. — Abzahlung Woche 2 Mark.

Neu!! Neu!! Neu!!
Fertige Damen-Kleider
hochelegant und modern, in Alpacca, Tuch, Cheviot, von 10 Mark an.

Moderne Anzüge nach Maß 50 bis 70 Mark.
Anzahlung 15–20 Mark. — Abzahlung Woche 3 Mark.

Moderne Sommer-Ueberzieher 20 bis 30 Mark.
Anzahlung 8–12 Mark. — Abzahlung Woche 1½–3 Mark.

Burschen- und Knaben-Anzüge von 5 bis 20 Mark.
Anzahlung 2–5 Mark. — Abzahlung Woche 1 Mark.

Fesche Damen-Jacketts und elegante Kragen.
Anzahlung 2–5 Mark. — Abzahlung Woche 1 Mark.

Moderne Regenmäntel von 8 bis 42 Mark.
Anzahlung 3–10 Mark. — Abzahlung Woche 1–3 Mark.

Neu!! **Kinderwagen „Saxonia"** Neu!!
hochelegant. Sitz und Seitenteile mit Leder ausgeschlagen, wendbares Schutzdach. Enorm billig, Stück nur 30 Mark.

Mein Geschäft, ein **Kredithaus I. Ranges,** verkauft sowohl **gegen bar,** wie auch auf **Abzahlung** an jedermann!!

Alte Kunden erhalten Waren ohne Anzahlung!

Carl Klingler, Waren-Kredit-Geschäft

Wilsdrufferstr. 17, I. Etage DRESDEN-A. **Wilsdrufferstr. 17, I. Etage**
neben Hôtel de France. **Telephon 652, Amt I.** im Hause der Schirmfabrik C. A. Petschke.

Kredit ist Reichtum!

Max Leonhardts Restaurant

Schumannstr. 32
empfiehlt seinen bekannten guten Mittagstisch, hochfeine Biere franz. Billard, Gesellschaftszimmer einer geneigten Beachtung.
Zahlstelle der Maurer, Holzarbeiter und des sozialdemokratischen Vereins.

August Lorenz
Freibergerstraße Nr. 35.
Heute Sonnabend den 29. Mai 1897
Gr. Schlachtfest.
Von früh 9 Uhr an:
ff. Leberwürstchen und **Wellfleisch,**
später: **frische Blut-** und **Leberwurst.**
Mittagstisch nach Wahl, Portion 30 Pf., von 1–3 Uhr.

Carl Hunds
Restaurant „Zur Börse"
Pieschen
empfiehlt sich unter Zusicherung reizzüglicher Speisen und Getränke, sowie aufmerksamer Bedienung einer geneigten Beachtung.

Gasthaus 18/9
Stadt Aussig
Schuhmachergasse 1
(Inhaber: **Georg Hermann**)
empfiehlt seine Lokalitäten einer geneigten Beachtung.
Kräftiger Mittagstisch, — ff. Biere.
Zimmer mit guten Betten.
2 Vereinszimmer, bis zu 60 Personen fassend.
Zahlstelle des sozialdemokratischen Vereins.
Verkehr der Schneider u. Kellner. Zahlstelle der Maler, Blätter- u. Blumenarbeiter u. Arbeiterinnen.

Heute frisch eingetroffen:
ff. Matjes-Heringe
Stück 15 Pf.
Fischhandlung von **H. Beer Nachfolger**
Löbtau, Wilsdrufferstraße 7.

Achtung!!
Das beste und billigste
Restaurant und Speise-Haus für Arbeiter
befindet sich Freibergerstraße 35, bei **August Lorenz.**

Gelegenheitskauf!
Circa **350**
Herren-Anzüge
in sehr schönen Dessins, hell und dunkel zurückgesetzt
früherer Preis 15 bis 45 Mk.
jetzt nur 10 bis 30 Mk.
L. Grossmann
10 Wettinerstrasse 10
parterre und erste Etage
neben dem „Tivoli".

Möbel
Sofas
in verschiedenen Facons u. Bezügen
Bettstellen
mit guten Stahlfeder-Matratzen,
Herren- und Damen-Schreibtische
Küchen- u. Kleiderschränke, Kommoden
Vertikos, Spiegel, Stühle, Tische
empfiehlt in größter Auswahl zu den kulantesten Bedingungen die Möbel- und Polsterwarenfabrik von
J. Berkowitz Nachf.
Inh.: **M. Unger**
Wettinerstr. 7, I.

Georg Mehlhorn
39 Wettinerstr. 39
Kravatten, Strumpf-, Woll- und Weisswaren, Trikotagen, Hosenträger etc. billigst.

Schuhe und **Stiefel**
in schwarzem und farbigem Leder, sowie Serge- u. Segeltuchschuhe empfiehlt in größter Auswahl zu den billigsten Preisen
H. Tauchmann
47 Ammonstraße 47
Ecke Rosenstraße.

Schwarze
Kleider-Stoffe
solid und billig.
28 **Ernst Venus**
Ammonstraße Nr. 28.

Getragene Garderobe, Betten, Wäsche, Schuhwerk etc. empfiehlt
A. Domski, Zwingerstr. 14.

Herrenwäsche
Normalhemden, Chemisetts
Kragen, Manschetten
Manschettenknöpfe, Krawatten
in größter Auswahl
Hosenträger, Unterhosen
Socken, Taschentücher
blaue Blousen, Arbeitsanzüge
blaue und grüne Schürzen
kauft man am besten und billigsten bei
E. Köhler, Am See 11.
Gegründet 1861.

Th. Huthmann
Potschappel
Tharandterstraße 30
empfiehlt
Kinderkleidchen
Kinderschürzen
Kindermützchen
Kinderhäubchen
schwarze Strümpfe
in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

Sonnen-, Regen- und Kinderschirme
empfiehlt in großer Auswahl zu billigsten Preisen
Hermann Taureck
21, 2. Et. Am See 21, 2. Et.
(Ecke der Altengasse.)
Neue Bezüge und alle anderen Reparaturen werden solid, schnell und billigst angefertigt.

Uhren-
Reparatur-Anstalt
von **Albert Siede**
gr. Brüdergasse 10, 1.
setzt **Uhrfedern** für 1 Mark ein. **Glas, Zeiger** à 20 Pf. — **Neue Remontoiruhren** von 3 Mark an.